Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei sofortiger Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 59 — Redaktion u Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 10. März 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Präsidentenwahl

Keine Reichsgelder für die Hindenburg-Propaganda

Zu Aeußerungen Dr. Hugenbergs, der in Königsberg von Gerüchten gesprochen hatte, wonach aus Reichsmitteln 7—8 Millionen für die Hindenburg-Propaganda ausgegeben worden seien, wird dem Contibüro von zuständiger Stelle erklärt, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist und sie völlig frei erfunden sind.

Blätterverbote in der Rheinprovinz

Die Reichsleitung der NSDAP. protestiert gegen das vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassene zeitweilige Verbot des „Westdeutschen Beobachters" in Köln, des „Westdeutschen Grenzblattes" in Aachen, des „Koblenzer Nationalblattes" in Koblenz, des „Trierer Nationalblattes" in Trier und der „Westwacht" in Idar-Oberstein.

Diese Blätter hatten behauptet, das preußische Innenministerium habe an alle politischen Beamten versiegelte Briefe gesandt, in denen Anweisungen gegeben wurden, wie sich die Behörden im Falle eines Hitler-Sieges zu verhalten hätten, eine Nachricht, die schon wiederholt aufs strikteste dementiert worden ist.

Bedingte Aufhebung der einstweiligen Verfügung Hitlers gegen das Hamburger Echo

Wie bereits gemeldet, ist gegen eine Veröffentlichung des Hamburger Echos, die sich mit den Fronterlebnissen Hitlers befaßte, eine einstweilige Verfügung von dem Führer der Nationalsozialistischen Partei ergangen. Die Zivilkammer des Landgerichts hat nun diese Verfügung aufgehoben mit der Einschränkung, daß es dem Blatt verboten wird, 1.) über den Kläger zu verbreiten, er habe sich in Oesterreich seiner Wehrpflicht entzogen und sei, um einer Bestrafung als Deserteur zu entgehen, freiwillig in die deutsche Armee eingetreten. 2.) Die Dienstleistungen des Klägers im Felde so darzustellen, als ob der Kläger sich seiner Pflicht als Soldat zu entziehen versucht hätte.

Von den Kosten des Verfahrens hat der Kläger, Adolf Hitler, ein Viertel, die Beklagten haben drei Viertel zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Dr. Göbbels über die Harzburger Front

Der Propagandaleiter der NSDAP., Dr. Göbbels, schreibt in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz in einem „Auf uns allein gestellt" überschriebenen Artikel u. a.: Als die nationalen Parteien und Verbände sich im Jahre 1931 in Harzburg mit uns zusammenschlossen, gab es heillose Phantasten, die da glaubten, die nationalsozialistische Bewegung habe damit auf ihre eigene politisch-weltanschauliche Existenz verzichtet und sei endgültig in bürgerlichen Auffassungen und Aufgaben untergegangen. Wir erklärten demgegenüber, daß Harzburg nur eine Kampffront gegen Brüning sei, und daß wir jederzeit, wenn es die taktischen Umstände erforderten, auch wieder den Entschluß fassen würden, eigene Wege zu gehen. Eher als wir es glauben konnten, ist die Front von damals auseinandergegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Adolf Hitler und seine Bewegung auf Grund ihrer Kraft und ihres Anhanges den Anspruch darauf haben dürften, den Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl zu präsentieren. Es war auch von vornherein klar, daß man sich nicht mit einem sogenannten unpolitischen Mann abfinden konnte, sondern daß derjenige, der nun für die nächsten sieben Jahre in Deutschland die höchste Macht und die höchste Verantwortung übernehmen sollte, in seiner Zielsetzung durch seine politische Vergangenheit so scharf abgezeichnet sein mußte, daß ein Zweifel über seine politische Zukunft ausgeschlossen erschien. Die Harzburger Bundesgenossen haben daraus den Schluß gezogen, daß es für sie notwendig sei, eigene Wege zu gehen. Wir nehmen ihnen das nicht übel, aber wir haben alle Veranlassung, anzunehmen, daß die Wählermassen ihnen das übelnehmen werden.

Der Görres-Ring

der Bund katholischer deutscher Jungakademiker, der Jungdeutsche Orden Rheinland-Süd, die rheinischen Windthorstbünde und der Februarklub, Köln, haben eine Kundgebung erlassen, in der es u. a. heißt: Die Stunde der Entscheidung ist da. Wir streiten nicht um ein „System". Wir kämpfen um die deutsche Front, um die Einheit und den Bestand des deutschen Volkes. Nur ein Mann ist berufen, in der kommenden schweren Zeit der Führer und Schirmherr des gesamten deutschen Volkes zu sein, Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Reichskanzler Dr. Brüning in Dortmund

Seine dritte Rede für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hielt Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwochabend in der überfüllten Westfalenhalle.

Er schloß seine Ausführungen, nachdem er an Bismarck erinnert hatte, mit den Worten: Der Aufstieg eines Volkes aus Knechtschaft ist niemals durch einen rührseligen Optimismus erreicht worden, sondern nur durch klare und zielbewußte Verantwortung, durch mutiges Hinnehmen von Vorwürfen, vor allem auch, wenn man weiß, daß man einem Manne dient, auf dessen Charakter Erfahrung, Weitblick und Treue ein Volk Berge bauen kann.

Eine Rede des DVP.-Führers Dingeldey

In Gelsenkirchen sprach der Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey. Aus seinen zweistündigen Ausführungen ist folgendes von Interesse: Er verbreitete sich über das Zusammengehen zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Der Zusammenschluß sei selbstverständlich nur dann möglich, wenn er erfolge unter Gleichberechtigung und Achtung voreinander, nicht aber durch Kapitulation der Volkspartei. Ueber den Süd-Westfalenbezirk äußerte sich Dingeldey sehr erfreut, weil die Anhänger der Partei gezeigt hätten, daß sie Treue zu wahren wissen; die Führer dagegen geißelte Dingeldey aufs schärfste. Bezüglich des Einflusses der Opposition auf die Regierung äußerte sich Dingeldey dahin, daß Brüning den Weg für eine neue Regierungsbildung frei machen solle, und der Reichspräsident solle dann ganz frei und ohne jede parteipolitische Bindung seine Mitarbeiter auswählen.

Er gab bekannt, Adolf Hitler habe in einer langen Unterhaltung mit dem Reichswehrminister und Dingeldey sich als ein verständiger und klarer Politiker erwiesen. Er habe damals erklärt, den Weg, der ihm gezeigt würde, könne er nicht gehen, doch erklärte Hitler wörtlich: Ich bin mir klar darüber, daß, wenn in Deutschland eine nationale Rechtsregierung kommen solle, dann müsse der Name Hindenburg erhalten bleiben, weil er die stärkste Garantie sei, daß in Deutschland nicht alles drunter und drüber gehe. Dingeldey habe Hitler geraten, die Kandidatur Hindenburg namens der Nationalsozialisten anzubieten, aber die Unterführer und Hugenberg hätten ihn von seiner Absicht abgebracht. Weiter wandte sich Dingeldey scharf gegen die Behauptung, daß der Reichspräsident wegen seines hohen Alters geistig nicht mehr auf der Höhe stehe und erklärte mit Nachdruck, daß Hindenburg von einer geistigen Klarheit, Ueberlegenheit und Urteilsfähigkeit über Menschen und Parteien sei, wie wenige andere.

Zum Schluß wurde noch ein Brief des Obersten von Hindenburg verlesen, worin der Oberst sich gegen den Vorwurf verteidigt, eingeschriebenes Mitglied der SPD zu sein. Er weise darauf hin, daß er schon aus seiner Zugehörigkeit zur Armee keiner Partei als Mitglied angehören könne. Ebenso hat der Major a. D. von Riedel in einem besonderen Schreiben bestätigt, daß Oberst von Hindenburg keiner Partei angehöre.

Drei Haftbefehle wegen der Ermordung des Fouragehändlers Meyerhardt

Aus Berlin, 9. März, wird berichtet: Wegen dringenden Verdachtes des gemeinschaftlichen Mordes an dem am 2. d. M. getöteten Fouragehändler Meyerhardt ist heute gegen den Arbeiter Zepernick und den Mechaniker Rühlow Haftbefehl ergangen, ebenso gegen den Zementierer Reinhard wegen Beihilfe zum Mord.

Zum Schutze der Wirtschaft

Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft

Das Wolffbüro verbreitet unter dem 9. März folgende Ausführungen:

Die umfassende Notgesetzgebung vom 18. Dezember 1931 hat zusammen mit anderen Regierungsmaßnahmen und den internationalen Stillhaltevereinbarungen die im zweiten schweren Krisenwinter drohende Wirtschaftskatastrophe verhindert. Der große Grundgedanke dieser Gesetzgebung, den Wert der deutschen Mark zu steigern, hat zwar allen Bevölkerungsschichten schwere Opfer auferlegt, ihnen aber auch wichtige Entlastungen gebracht. Das Vertrauen in die Beständigkeit der Wirtschaftsfundamente und insbesondere der Währung erfuhr weitere Steigerung. Nur auf der so gewonnenen Grundlage konnte das deutsche Bankwesen wieder aufgebaut und teilweise neugestaltet werden. Die fortschreitende Entlastung der Reichsbank seit Jahresbeginn ermöglichte eine weitere Herabsetzung des Reichsbankdiskontes um 1% auf 6%. Die Geldbewegung bei den Banken und Sparkassen und der Rückfluß zurückgehaltener Notenbestände sind klare Beweise für die Erneuerung und das Wachsen des Vertrauens.

Diese vom klaren Grundgedanken und fester Zielsetzung getragene Notgesetzgebung bedarf jetzt der Ergänzung. Diese Ergänzungen bringt die vom Reichspräsidenten vollzogene

Verordnung zum Schutze der Wirtschaft.

Soll die Wirtschaft weiter gesunden, so darf der freie Wettbewerb im täglichen Leben nicht von übersteigerten oder unlauteren Machenschaften gefährdet werden in einer Zeit, wo die Erhaltung der lebensfähigen und schutzwürdigen Träger des Wirtschaftslebens unbedingt erforderlich ist. In dem schweren Ringen Deutschlands um seine handelspolitischen Interessen bedarf es weiteren Rüstzeuges gegen die zunehmende Bedrohung von draußen. In diesem Sinne ist der am 29. Februar bekanntgegebene Obertarif zum Zolltarif zu verstehen. Gleicherweise sollen die Ermächtigungen an die Reichsregierung wirken, die erneut in Kraft gesetzt und durch eine weitere ergänzt werden.

Zu den einzelnen Teilen der neuen Notverordnung ist zu bemerken:

1. Die Reklame zeigt durch

Gewährung von Zugaben

Formen, die mit einer gesunden Wirtschaftsführung nicht mehr vereinbar sind, da darunter die Preisbemessung oder die Qualität der Hauptware leidet. Darum läßt die Verordnung neben geringwertigen Reklamegegenständen mit Reklameaufschrift und unbedeutenden Kleinigkeiten Zugaben nur zu, wenn der Verkäufer auf Wunsch des Käufers statt der Zugabe einen bestimmten Geldbetrag entrichtet, der nicht geringer sein darf, als der Einstandspreis für den Zugabeartikel. Verboten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet oder von einer Verlosung oder einem sonstigen Zufall abhängig gemacht werden. Um den beteiligten Kreisen eine Frist für die Umstellung auf den neuen Rechtszustand zu geben, treten die Vorschriften über das Zugabewesen erst am 10. Juni d. J. (drei Monate nach Verkündung) in Kraft. Sind bereits vorher Zugaben zugesagt, so bleiben die Vereinbarungen in Kraft, die über die Zugabe getroffen sind.

2. Auch auf dem Gebiete des

Ausverkaufswesens

machen Mißstände schleunige Gegenmaßnahmen erforderlich. Die Notverordnung sieht daher vor, daß Ausverkäufe nur noch unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde sind verstärkt. Außerdem ist die Schaffung von Einigungsämtern vorgesehen, die bei Verstößen auf Anrufen einer Partei eine gütliche Einigung versuchen sollen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsspionage

haben sich ebenfalls im hohen Grade bedenkliche Erscheinungen gezeigt. Die geltenden Strafvorschriften reichen nicht aus, um die deutsche Arbeit und Wirtschaft in dem erforderlichen Maße dagegen zu schützen. Um weitere nicht wieder gutzumachende Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten, ist sofortige Abhilfe dringend geboten. Die Notverordnung trifft daher gesetzgeberische Maßnahmen, um die empfindlichsten Lücken des bisherigen Rechtes zu schließen.

3. Die Bestimmungen im dritten Teil über

die Einheitspreisgeschäfte

enthalten eine auf zwei Jahre bemessene Sperre für die Errichtung weiterer Verkaufsstellen von Einheitspreisgeschäften in Städten unter 100 000 Einwohnern. Den mittelständischen Einzelhandelsbetrieben in den mittleren und kleineren Städten soll dadurch ein gewisser Schutz ihres Bestandes gesichert werden. Für die Großstädte dagegen erschien eine solche eingreifende Maßnahme zurzeit nicht erforderlich, da dort der Wettbewerb durch Einheitspreisgeschäfte für den einzelnen Händler verhältnismäßig leichter erträglich ist als in kleinen Orten. Im übrigen geht die Reichsregierung davon aus, daß es noch weiterer Erfahrungen für eine endgültige Beurteilung des Einheitspreisgeschäftes im Rahmen der gesamten Güterverteilung bedarf. Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auch auf die bestehenden Einheitspreisgeschäfte und bezwecken die Beseitigung von Mißbräuchen. Die Reichsregierung konnte sich bei Erlaß dieser Maßnahmen weitgehend auf umfassende Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat stützen.

4. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1931 war die Reichsregierung ermächtigt worden, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. die

Eingangszölle

abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern, 2. die vorläufige Anwendung zweiseitiger

Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten

zu verordnen. Diese Ermächtigung hat durch den Wiederzusammentritt des Reichstages am 23. Februar 1932 ihre Gültigkeit verloren. Die Gründe, die zum Erlaß der Notverordnung geführt haben, bestehen jedoch fort. Die handelspolitische Lage erfordert, daß jederzeit neue Vereinbarungen mit ausländischen Staaten geschlossen und sofort vorläufig angewendet werden können. Weiter war es geboten, die Reichsregierung zur

Einführung von Ausfuhrzöllen

zu ermächtigen, um in dringenden Fällen schwere Schädigungen der Wirtschaft abwenden oder abschwächen zu können.

5. Durch die Vorschrift im Teil 5 werden zugunsten der deutschen Holzwirtschaft Maßnahmen getroffen, die den

Preisdruck auf dem Holzmarkt abschwächen.

Die neuen Bestimmungen bedeuten

keine Abkehr vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit

und sind nur als

Ausnahme für die Krisenzeit

gedacht. Wie die gesamte Notgesetzgebung sind sie aus der Entwicklung der Verhältnisse zwangsläufig erwachsen. Sie bilden mit dieser Notgesetzgebung eine organische Einheit und werden dem Wirtschaftsleben an bedrohten Punkten Schutz und Hilfe sein.

Goethe-Feiern in der Sowjet-Union

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union berichtet: Aus Anlaß des 100. Todestages Goethes bereiten wissenschaftliche und Schriftstellerorganisationen feierliche Sitzungen vor. In der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, der kommunistischen Akademie und anderen wissenschaftlichen Anstalten werden besondere Versammlungen abgehalten werden, auf denen die Akademiker Bucharin, Rosanoff und andere sprechen werden. Der Staatsverlag gibt zum 22. März die ersten zwei Bände der auf 13 Bände berechneten Sammlung der Werke Goethes heraus, in denen auch bisher nicht veröffentlichte Gedichte enthalten sind. Zu den Goethefeiern wird ferner eine Sondernummer des Sammelwerkes „Literarisches Erbe" mit neuem Material über Goethe, darunter unbekanntes Material aus den Moskauer Archiven, vorbereitet.

Preussens Haushalt

Der Preußische Staatsrat begann am Mittwoch-Vormittag in Anwesenheit des Finanzministers Dr. Klepper die Beratungen des preußischen Haushaltsplans für 1932. Die Beratung wurde eingeleitet durch den

Bericht des Hauptberichterstatters Dr. Kaiser-Dortmund (Zentrum),

der das von den Ausschüssen vorgeschlagene

Gutachten

begründete. Darin werden unter Aufrechterhaltung früher ausgesprochener Bedenken gegen das Haushaltsgesetz Einwendungen nicht erhoben. Zum Haushaltsplan wird eine Reihe von Bemerkungen gemacht. Es wird erklärt, daß trotz vorsichtiger Schätzung ein weiterer Rückgang der Einnahmen nicht ausgeschlossen sei, und daß der Haushaltsplan für diesen Fall

keine Reserven

enthalte. Der Uebergang der preußischen Beteiligung an der Siedlungsbank auf das Reich wird als nicht unbedenklich bezeichnet. Bezüglich der Ausgabenkürzungen wird erklärt, daß in manchen Fällen der Eindruck verstärkt werde, daß Art und Ausmaß der Einschränkung eine schwere Beeinträchtigung auch weiter notwendiger öffentlicher Ausgaben werde. Als gänzlich abwegig sei vor allem die

unverhältnismäßige Kürzung der Staatsbeihilfen, beispielsweise für die Schulen,

zu bezeichnen. Es sei dem Staatsrat unverständlich, daß die Staatsregierung die seit Jahren von ihm gewiesenen Wege zu nicht unerheblichen Einsparungen dauernder Art nicht einmal jetzt beschritten habe. Der Berichterstatter erinnert daran, daß der Staatsrat im vorigen Jahre eine Einsparung von 150 Millionen zu Gunsten der Gemeinden verlangt habe. Die Staatsregierung habe das als unmöglich abgelehnt und jetzt habe man noch viel stärkere Kürzungen vornehmen müssen. Der Staatsrat erhebt dann in seinem Gutachten erneut die Forderung nach einer

Reform der Verwaltung,

einer Neuregelung der Zuständigkeiten und einer Aenderung des Steuersystems.

Mit schmerzlichem Bedauern und ernstester Sorge wird festgestellt, daß der Haushalt wieder den Gemeinden keinerlei Hilfe bringe

und sie eher noch mehr belaste. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Staatsregierung alles daran setzt, um von der Reichsregierung sofort die Bereitstellung größerer Mittel zu erreichen, damit die Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Wohlfahrtslasten und sonstigen dringenden Ausgaben zu bestreiten.

Auch zu den wichtigsten Einzelheiten hat der verstärkte Hauptausschuß Gutachten vorgelegt, die im Laufe der Verhandlungen von den Berichterstattern begründet werden. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung wird die Regierung ersucht, bei staatlichen

Bauten lediglich inländische Hölzer

zu verwenden und auf die Gemeinden im gleichen Sinne einzuwirken. Zum Justizministerium wird der mangelnde persönliche

Ehrenschutz

hervorgehoben und verlangt, daß die Regierung mit allem Nachdruck um baldige Aenderung des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes bemüht sei. Zum Etat des Handelsministeriums wird erklärt, die

Kürzung der Berufsschulzuschüsse

von rund 18,7 auf 9,8 Millionen gefährde die berufliche Fortbildung der Jugend in Stadt und Land. Die Regierung wird ersucht, die Zuschüsse auf 16 RM. je Kopf zu erhöhen statt der jetzt vorgesehenen Kürzung von 20 auf 12 Mark. Beim

Haushalt des Wohlfahrtsministeriums

fordert das vom Plenum anzunehmende Gutachten, daß Einsparungsmöglichkeiten bei anderen Etats in erster Linie zu Gunsten des Wohlfahrtsetats verwendet werden, insbesondere zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, der Volkskrankheiten, weiter für die Jugendfürsorge und im Interesse unterernährter Kinder.

Zum Kultusetat wird auf die ernsten Gefahren verwiesen, die durch die

Kürzung der Zuschüsse für höhere Schulen

besonders auf dem flachen Land und den kleinen Städten in kulturpolitischer Hinsicht entstehen. Auch drohe durch die Einsparungen die

Schließung einer Reihe von Theatern

in den Grenzgebieten sowie die der Wanderbühnen. Hier fordert das Gutachten Erhöhung des entsprechenden Titels um 400 000 auf 800 000 Mark. Die Mittel seien durch weitere Einsparungen, insbesondere bei den Berliner Staatsbühnen, bereitzustellen. Beim Haushalt der Landwirtschaftsverwaltung verlangt das Gutachten Einwirkung auf die Reichsregierung, daß baldigst wirksame Maßnahmen zur

Abdrosselung aller entbehrlichen Einfuhr von Lebens- und Genußmitteln sowie Holz

durchgeführt würden.

Von der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft wurde der Haushaltsplan abgelehnt.

Dr. Rive-Halle (Arbeitsgemeinschaft) begründete den ablehnenden Standpunkt und legte zum Haushaltsplan ein Gegengutachten seiner Fraktion vor.

Die Aussprache

eröffnete für die Arbeitsgemeinschaft **Freiherr von Gayl,** der sich zunächst anerkennend über die Tätigkeit des früheren Finanzministers Dr. Höpker Aschoff äußerte. Das Gegengutachten der Arbeitsgemeinschaft solle die schweren Bedenken gegen den diesjährigen Haushalt deutlicher zum Ausdruck bringen. Besonders bedauerlich sei der Wegfall des Fonds für die Grenzgebiete. Wenn man Abstriche mache, so dürfe das angesichts der außenpolitischen Gefahren am wenigsten bei den bedrohten Grenzgebieten geschehen.

Der kommunistische Vertreter **Koenen** gab eine Erklärung ab, in der er von einem Verelendungsetat sprach und zur Schaffung eines roten Preußen aufforderte.

Für die Sozialdemokraten erklärte **Häring-Kassel,** daß seine Partei im Interesse der Festigung des Vertrauens unter Zurückziehung der Bedenken dem Etat zustimme. Der Redner verlangte energische Maßnahmen gegen die Verrohung des politischen Lebens und Schritte beim Reich, um in Braunschweig wieder verfassungsmäßige Zustände zu schaffen.

Landrat **Boden-Altenkirchen** (Zentrum) stimmte dem Etat gleichfalls zu und forderte für die Gemeinden schon für die nächste Zeit eine Zwischenlösung.

Damit schloß die allgemeine Aussprache, an die sich die Beratung der einzelnen Etats anschloß.

Die Auseinandersetzungen zwischen Kultusminister und evang. Kirche

Der Kirchensenat der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union billigte in einer Sitzung in vollem Umfange das Vorgehen des evangelischen Oberkirchenrates im Konflikt mit dem preußischen Kultusminister. Er sprach die dringende Erwartung aus, daß die neuen bevorstehenden Verhandlungen mit größtmöglicher Beschleunigugn zu dem seit Jahren erstrebten Ergebnis geführt werden, und er nicht gezwungen werde, einseitige Anordnungen für die Durchführung der kirchlichen Einsichtnahme in den Religionsunterricht ergehen zu lassen.

Englands Heeresetat

vor dem Unterhause

Beim Einbringen der Voranschläge für das Heerwesen erklärte der Finanzsekretär des Kriegsamtes, Duff Cooper, der Heeresrat habe alle Ersparnisse, die von ihm verlangt worden seien, erzielt. Er hob jedoch hervor, daß die augenblicklichen Heeresvoranschläge nicht der Standard bleiben könnten, dem irgendwelche künftigen Voranschläge entsprechen würden. Ueber die Herabsetzung der Heeressoldsätze bemerkte Duff Cooper, das Heer fühle, daß die geforderten Opfer für das Wohl des Landes notwendig seien. Duff Cooper deutete jedoch an, daß die nächstjährigen Voranschläge höher sein würden als die diesjährigen.

Das Mitglied der Opposition (Arbeiterpartei) Attlee gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß 14 Jahre nach dem Kriege, zu einer Zeit, wo auf den Gedanken eines Krieges Verzicht geleistet worden sei, England immer noch 100 Millionen Pfund für Rüstungen ausgebe. Er bezeichnet dies als einen Beweis für den allgemeinen Wahnsinn, mit dem die Weltangelegenheiten augenblicklich geführt würden.

Der konservative Brigadegeneral Nation schilderte, wie während der letzten fünf Jahre die Heeresausgaben Frankreichs, Italiens, Jugoslawiens und Rußlands wesentliche Erhöhungen in ihren Voranschlägen erfahren hätten, und bezeichnete die gerade jetzt vorgenommene Verminderung der Heeresvoranschläge um 3½ Mill. Pfund Sterling als ungangbar. Nation, der während der letzten fünf Jahre auf dem Kontinent gelebt hat, schloß seine Rede nach einem Hinweis auf die Genfer Abrüstungskonferenz mit der Bemerkung, er könne keinerlei Wahrscheinlichkeit dafür erblicken, daß irgendeine auswärtige Macht ihre Rüstungen in der nahen Zukunft vermindere.

Eine humoristische Note wurde in die Debatte durch ein Arbeitermitglied hineingetragen, das behauptete, die Leibgardekavallerie habe keinen praktischen Wert und sei nur zu Schauzwecken bestimmt. Sie müsse daher von der Londoner Stadtverwaltung unterhalten werden.

Zum Schluß der Debatte brachte das Mitglied der oppositionellen Arbeiterpartei David Adams eine Entschließung ein, in der erklärt wird, daß die Rüstungsausgaben eine erdrückende Last für die Völker der Welt und eine Drohung für den Fortbestand des Friedens seien, und daß im Interesse der Menschheit eine schnelle und fühlbare Herabsetzung aller kriegerischen Vorbereitungen vorgenommen werden müssen.

Der Sekretär des Pensionsministeriums Headlam erklärte hierauf, das ganze Haus sympathisiere herzlich mit den in der Entschließung aufgestellten Grundsätzen, aber es handele sich nicht so sehr um eine Angelegenheit der Rüstungen, als um eine Angelegenheit besserer Beziehungen und Gefühle zwischen den Nationen der Erde.

Der Führer der Opposition Lansbury erklärte, daß die Mitteilungen Haedlams ihn befriedigten und daß er die Entschließung zurückziehe.

Der englische Handelsminister über die Währungsfrage

Der Präsident des englischen Handelsamtes **Walter Runciman** sagte in einer Rede:

Wir beherrschen jetzt die Lage. Wir haben der Welt ein Beispiel besonderer Behandlung der Währungsfrage gegeben, indem wir den Gedanken aufgegeben haben, daß durch ein Goldmonopol Wohlfahrt monopolisiert werden kann. Die zwei großen Länder, denen es gelungen sei, gewaltige Vorräte an Gold anzusammeln, haben jetzt die Strafe für diese Exklusivität zu bezahlen. Wir sind imstande, ihnen zu zeigen, daß wir ohne Goldbasis auskommen können.

Bezüglich der Verbesserung des Sterling-Kurses sagte der Redner, er hoffe, daß diese Bewegung nicht zu schnell werde, denn zu schnelle Entwickelungen seien schädlich.

*

Der jähe Aufstieg des Sterlingkurses am 8. März wird von der englischen Presse mit einem Gemisch von Zufriedenheit und Besorgnis erörtert. „Daily Telegraph" sagt: Der Vorgang ist vielleicht großartig, entspricht aber nicht dem Wunsche eines vorsichtigen Finanzmannes. Dieser schmeichelhafte Eifer, Sterling zu kaufen, entspricht einerseits dem Hindrängen der Menge zum Sieger, wenn der Kampf entschieden ist. Das erschütterte Vertrauen ist vollständig wieder hergestellt. England ist wieder sein früheres Selbst geworden. Wahrscheinlich ist aber auch die Berufsspekulation tätig gewesen, die jetzt besonders schädlich ist wegen der Wirkung solcher katastrophalen Kursbewegungen auf den Handel. Wenn finanzielle und industrielle Interessen in Gegensatz zueinander geraten, sollten die industriellen Interessen den Vorsprung haben. Das Blatt weist darauf hin, daß das Steigen des Pfundkurses den Einfuhrhandel benachteilige, den Ausfuhrhandel dagegen begünstige, und schließt, die führenden Industriellen würden jede Maßnahme der Bank von England oder anderer Banken begrüßen, die geeignet sei, die Bewegung des Pfundkurses normal zu halten.

Frankreichs Donau-Pläne

Das französische Komitee für die Europäische Zollunion

hielt unter Vorsitz von Senator le Troquer seine Jahreshauptversammlung ab. Es nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die französische Initiative bezüglich der Schaffung einer Donauföderation erörtert und verlangt wird, daß die französische Regierung im Einvernehmen mit allen interessierten Staaten eine offizielle Konferenz der sechs Nachfolgestaaten (Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Südslawien) möglichst bald einberufen möge. In ihr sollen die Grundlagen einer wirtschaftlichen und Zollverständigung dieser sechs Donaustaaten gelegt werden. Diese Konföderation solle durch den Beitritt der Nachbarstaaten vervollständigt werden. Ebenso sollen entsprechende Bemühungen unternommen werden, um auf eine gemeinsame Initiative Frankreichs und Deutschlands im Einvernehmen mit Großbritannien, Italien und Belgien eine erste Anwendung der in der Genfer Entschließung vom 26. September 1931 bezüglich der Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes enthaltenen Prinzipien zu verwirklichen, und zwar vermittels von Annäherungen, die geeignet wären, sich bis zu einer vollständigen wirtschaftlichen Zollunion auszuwirken.

„Echo de Paris"

spricht einige Zweifel über den Erfolg der französischen Donaupläne aus. Das Blatt meint, der deutsche Vorschlag über einen Handelsvertrag mit Oesterreich auf der Grundlage von Vorzugszöllen könnte, wenn er zur Verhandlung angenommen würde, dem französischen Projekt, das eine Reihe von Handelsverträgen mit einfachen Vorzugszöllen für die Teilnehmerstaaten vorsehe, sofort die Grundlage entziehen. Denn dann könnte Oesterreich seinen Nachbarn keine vollwertigen Gegenleistungen mehr gewähren; außerdem würden fortan politische Erwägungen im Spiele sein. Eine gleiche Folge würde der Handelsvertragsplan haben, über den kürzlich in Rom und Budapest Besprechungen aufgenommen worden seien. Oesterreich und Ungarn müßten also, so schließt das Blatt, zwischen diesen beiden Wegen wählen.

Das polnische Regierungsblatt Gazeta Polska

führt aus, das Projekt Tardieus habe zum Ziel, an der Donau eine Schranke gegen den politischen Expansionsdrang Deutschlands nach Südosten zu errichten. Die Aufregung gewisser Kreise darüber, daß Polen dem geplanten Block nicht angehören solle, sei überflüssig. Polen sei von Frankreich eingeladen worden, aktiv an der Verwirklichung des Donaubundplanes mitzuwirken. Jedenfalls habe es die Möglichkeit, darüber zu wachen, daß seine Belange weder vergessen noch außer acht gelassen würden.

Der Krakauer Kurier

bemerkt in einem offenbar inspirierten Artikel, daß sich vor allem das Deutsche Reich und gewisse Kreise der Tschechoslowakei einer Beteiligung Polens an dem Donaubund widersetzen. Die Art der Beteiligung Polens, so fährt das Blatt fort, sei noch nicht festgelegt. Jedenfalls werde sich erst nach einem Meinungsaustausch zwischen Frankreich und Polen entscheiden, ob Polen ebenso wie Großbritannien oder Deutschland Schutzmacht dieses Bundes sein oder ihm sogar angehören werden. Sicher aber sei, daß die polnische Regierung ohne Vorbehalte die Schaffung eines derartigen Gebildes nur dann unterstützen könne, wenn dieser Block unter tätiger Mitwirkung Polens entstehen sollte.

Botschafter Poncet über deutsch-französische Zusammenarbeit

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, gab anläßlich seines Besuches der Leipziger Messe seinem Interesse und Verständnis für die Probleme des deutschen Wirtschaftslebens Ausdruck und bezeichnete die Leipziger Messe als Musterbeispiel einer vorzüglich organisierten Messe. Besondere Anerkennung gebühre, so erklärte der Botschafter, den Veranstaltern der Leipziger Messe dafür, daß sie trotz der schlechten Lage der Wirtschaft die Frühjahrsmesse durchgeführt hätten. Damit habe die Messe ein Beispiel an Kontinuität, Energie und Optimismus gegeben, das nicht vergeblich bleiben werde. Der hohe Stand der modernen Technik lasse sich nicht mehr mit wirtschaftlicher Isolierung vereinbaren.

Die Weltwirtschaft könne nur durch internationale Solidarität wieder aufgebaut werden, Deutschland und Frankreich seien berufen, Schulter an Schulter das Europa von morgen wieder aufzubauen.

Die Leipziger Messe sei dabei für ihn ein Symbol für die friedliche Zusammenarbeit der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet

Paoli Schwartz vom Präsidenten der französischen Republik begnadigt

Der Fall Paoli Schwartz, der die deutsche Oeffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, ist durch einen Gnadenakt des Präsidenten der französischen Republik beigelegt worden, sodaß Schwartz endlich die Strafkolonie Cayenne als freier Mann verlassen kann.

Dieser schwierige Fall, über dessen Regelung jahrelange Verhandlungen zwischen der deutschen Botschaft in Paris und der französischen Regierung geschwebt haben, ist durch äußerst verworrene Staatsangehörigkeitsverhältnisse entstanden. Paoli Schwartz, der als Sohn eines französischen Beamten aus elsässischer Abstammung auf Korsika geboren ist und später im deutschen Elsaß gelebt hat, wurde sowohl von deutscher wie von französischer Seite in Anspruch genommen. Tatsächlich hat er während des Krieges auf deutscher Seite Heeresdienst getan. Während des Waffenstillstandes ist er dann von der französischen Besatzung verhaftet und von einem Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Deportierung verurteilt worden, weil er als Franzose gegen Frankreich Kriegsdienste geleistet hätte.

Dem Gnadenakt vorangegangen war die Entlassung Schwartz aus dem französischen Staatsverband. Die zuständigen deutschen Konsulatsbehörden sind vom Auswärtigen Amt angewiesen worden, Schwartz die Rückkehr nach Deutschland in jeder Weise zu erleichtern.

Ein englischer Dampfer gestrandet

Versuche, die der deutsche Bergungsdampfer „Seefalke" und holländische Schlepper zur Abbringung eines an der englischen Südküste gestrandeten englischen Dampfers machten, sind eingestellt worden. Die Besatzung des englischen Schiffes, das den Namen „Ocklinge" trägt, hat das Schiff verlassen. Der 3200 Tonnen große Dampfer ist in der schweren See durchgebrochen.

Parlamentarier und Staatsgerichtshof

Im Rahmen der Justizdebatte im Bayerischen Landtag äußerte sich Justizminister Dr. Gürtner auch über die in der Debatte kritisierte Beteiligung von Landtagsmitgliedern als Richter beim Staatsgerichtshof und führte u. a. aus: Es ist ein alter Rechtsgrundsatz, daß niemand Richter in eigener Sache sein kann. Gegen diesen Rechtssatz verstehen die Parlamente, wenn sie aus den Kreisen ihrer Mitglieder Richter bestellen in Verfassungsstreitigkeiten, bei denen sie selbst entweder formell Partei oder sachlich beteiligt sind. Entscheidungen eines so zusammengesetzten Gerichtshofes können nicht die Geltung eines Richterspruches für sich in Anspruch nehmen, sondern werden immer als Entscheidungen eines politischen Gremiums angesprochen werden, das politische Konflikte nach politischen Gesichtspunkten zum Ausdruck bringt. Das Reichsrecht habe von Anfang an einen anderen Weg eingeschlagen, denn der Reichsstaatsgerichtshof kenne keine parlamentarischen Mitglieder, und auch die Mitglieder von Reichs- und Landesregierungen seien in ihm nicht vertreten. Unbedingt notwendig wäre eine Gesetzesänderung in Bayern nicht, da der Landtag nicht gehalten sei, die Richter zum Staatsgerichtshof aus dem Kreise seiner Mitglieder zu ernennen. Es dürfe zur Mehrung des Ansehens der Volksvertretung beitragen, wenn der Landtag sich offen, d. h. gesetzmäßig zu dem Grundsatz bekennen würde, daß er in eigenen Angelegenheiten nicht richten wolle. Auf das letzte Urteil des Staatsgerichtshofes wolle er nicht näher eingehen, soviel Klugheit und Scharfsinn auch auf die Begründung verwendet worden sei, eine eiserne Tragkraft besitze es nicht.

Am Schluß der Sitzung erklärte Präsident Stang, niemand werde dem Minister verwehren können, seine eigene Meinung über das Urteil des Staatsgerichtshofes zu haben. Aber es sei nicht alltäglich in diesem Hause, wenn die Justizverwaltung ein Urteil des höchsten Gerichtshofes, das im besten Streben nach Objektivität gefällt worden sei, als der inneren Tragkraft ermangelnd bezeichne.

Förstermord in der Mark

Aus Fürstenwalde wird gemeldet: In der Nähe seines Dienstgehöftes wurde der 68jährige Förster Saupe in Wilmersdorf (Kreis Lebus) ermordet gefunden. Der Beamte, der im Dienst der Gräflich Finkensteinschen Forstverwaltung stand, ist offenbar mit Wilderern zusammengestoßen, die ihn überwältigt und erwürgt haben.

Kriminalfälle

Hochverratsprozesse

Die Bemühungen der KPD., durch Verteilung von Flugblättern und Schriften in kommunistischem Sinne zersetzend auf Schutzpolizei und Reichswehr einzuwirken, haben es mit sich gebracht, daß die Flut der Hochverratsprozesse vor dem 4. Straffenat des Reichsgerichts in den letzten Monaten ständig angewachsen ist. Häufig muß der Senat sogar in doppelter Besetzung verhandeln. Am Dienstag standen wieder mehrere Fälle zur Aburteilung, bei denen durchweg die Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung lautete.

Der 38 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Merz aus Dortmund, der am 23. Oktober 1931 an einer Plakatsäule ein zur Zersetzung der Polizei bestimmtes Flugblatt angeklebt hatte, wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, drei Monaten verurteilt. Der Angeklagte war mit etwa sechs Genossen unterwegs. Nach den Aussagen der Polizeibeamten hatte Merz unter der Deckung eines Genossen das Ankleben besorgt, während die übrigen sich auf der anderen Straßenseite befanden.

Weiter hatte sich der 29 Jahre alte Bergmann Paul Deppner aus Gelsenkirchen zu verantworten. Als Unterbezirksleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus hatte er in der Nacht zum 24. Oktober 1931 nach einer Versammlung im Volkshause einem jugendlichen Genossen eine Rolle mit 24 Plakaten gegeben mit dem Auftrage, diese im Vorort Bulmke in der Nähe der Polizeiwachen anzukleben. Der Reichsanwalt erklärte, daß Deppner ein besonders hervorragender Funktionär sei, und daß man in den Kreisen seiner Genossen nur auf seine Rückkehr warte, damit er der eingeschlafenen Bewegung einen neuen Impuls gebe. Da das Ruhrgebiet überhaupt einen heißen Boden für derartige Bestrebungen der KPD. darstelle, müsse der verschärften kommunistischen Agitation auch mit entsprechend scharfen Strafen entgegengetreten werden, weshalb er zwei Jahre Gefängnis beantrage. Der Senat hielt jedoch eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten für eine ausreichende Sühne und rechnete außerdem die Untersuchungshaft mit vier Monaten auf die Strafe an.

Die Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz in Pirmasens

Zu Gerüchten, die über eine neue Sprengstoffaffäre in der Pfalz verbreitet worden sind, teilt die Justizpressestelle beim Landgericht Zweibrücken amtlich folgendes mit:

„Seit einiger Zeit ist in Pirmasens ein neues Verfahren wegen Verfehlungen gegen das Sprengstoffgesetz im Gange. In der Voruntersuchung wurde festgestellt, daß von Personen, die der NSDAP. angehören oder angehört haben, zahlreiche Sprengkörper hergestellt worden sind, um angeblich gegen Angriffe der Kommunisten Verwendung zu finden. Eine große Anzahl der hergestellten Sprengkörper und sonstige Sprengstoffe befinden sich im Besitze der Untersuchungsbehörde. Gegen vier Angeschuldigte, nämlich den Wachbeamten der J. G. Farbenindustrie, Theodor Eicke aus Ludwigshafen, den Kraftwagenführer Friedrich Berni, den Kaufmann Philipp Hahn und den Gipser Friedrich Ebelshäuser, letztere drei aus Pirmasens, wurde Haftbefehl erlassen. Die Genannten sind geständig. Die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen."

Der gestohlene Königsmantel — Ein des Diebstahls beschuldigter Student verhaftet

Zu dem aufsehenerregenden Diebstahl des hawaischen Königsmantels und Königshelms hat, nach einer Meldung aus Göttingen, die dortige Polizei festgestellt, daß ein 26 Jahre alter Student, der bei dem Ethnographischen Institut als Hilfsarbeiter beschäftigt war, am Dienstag früh um 6 Uhr seine Wohnung verlassen hat. Man weiß nicht, wohin er gegangen ist. Ob er mit dem Diebstahl in Zusammenhang zu bringen ist, muß die Untersuchung ergeben. Man vermutet, daß der Student — dem ja das Vorhandensein dieses Königsmantels bekannt war — irgendwie interessierten Leuten den „Tip" gegeben hat. Vielleicht hat er sogar den Diebstahl selbst ausgeführt, denn er war stark verschuldet.

Aus Dresden wird berichtet: Der Student der Medizin Artur Pfleghaar, der angeblich den Federmanteldiebstahl in der Universität Göttingen begangen haben soll, wurde von der Kriminalpolizei hier ermittelt und vorläufig festgenommen.

Raffinierter Wechselfälscher gesucht

Die Kriminalpolizei fahndet zurzeit nach einem Betrüger, der durch raffinierte Wechselfälschungen eine große Kölner und eine Berliner Industriefirma geschädigt hat. Der Mann, der Anfang Februar d. J. in Köln auftauchte, schrieb an verschiedene große Industriefirmen belanglose Briefe, auf die ihm in vielen Fällen geantwortet wurde. Aus dem Briefkopf ersah er die Bankverbindungen der Unternehmungen und bekam gleichzeitig die Unterschrift eines der verantwortlichen Leiter in die Hände. Auf Grund dieser Unterlagen war es ihm möglich, Wechsel auf den Namen der betreffenden Firma zu fälschen und gleichzeitig mit einer ihrer Banken in Verbindung zu treten. Bevor er den gefälschten Wechsel einreichte, gab er der Bank telephonisch Kenntnis. Das Geld ließ er sich dann unter Beachtung aller nur erdenklichen Vorsichtsmaßregeln von einer dritten Person abholen. In Köln ließ er in dem einen Falle die Summe von 600 Mark von der Bank an einen Notar überweisen, der aber bei einem zweiten Versuch, bei dem es sich um einen Betrag von 8500 Mark handelte, Verdacht schöpfte und die Polizei verständigte. Daraufhin wandte der Betrüger sich nach Berlin, wo es ihm gelang, eine Berliner Großfirma um 6500 Mark zu schädigen.

Keine Verurteilung auf der Grundlage von Kinderaussagen

Der rührige Gütergotzer Erzieher Meyen wurde vom Erweiterten Potsdamer Schöffengericht von der Anklage freigesprochen, sich gegen mehrere ihm anvertraute Knaben sittlich vergangen zu haben. Das Gericht konnte sich auf die Kinderaussagen hin nicht zur Verurteilung entschließen. Der Staatsanwalt hatte wegen dreier Fälle eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten beantragt.

Hunde im Dienste des Schmuggels

Wielun, im südwestlichen Kongreßpolen, ungefähr 40 Klm. vom oberschlesischen Kreuzburg, ist ein bekanntes Schmugglernest. Aus Deutschland werden dorthin über die grüne Grenze Tabak, Apfelsinen usw. geschmuggelt. Aber nicht nur die Menschen schmuggeln dort, sondern auch die Hunde. Kürzlich wurde ein Schäferhund „festgenommen", der vier Kilogramm deutschen Tabaks über die Grenze gebracht hatte. Dem Tier war offenbar von seinem Herrn eine zu große Strecke zugemutet worden; jedenfalls fanden die Grenzwächter den Hund im Schnee, frierend, erschöpft, dem Verenden nahe. Das Tier wurde in Pflege genommen, die Konterbande beschlagnahmt.

Das Kind Lindbergh nicht zurückgebracht

Aus Englewood (New Jersey), 9. März, wird berichtet: Ein Mitglied des Haushaltes der Mutter von Frau Lindbergh erklärte die Meldung für unrichtig, daß das entführte Kind Lindbergh den Eltern zurückgegeben worden sei.

Die protestierenden französischen Rechtsstudenten

Die Erregung unter den Studenten der Rechtswissenschaften in allen Universitätsstädten Frankreichs wegen der Bestimmungen über die Zulassung zum Rechtsstudium, die die Kammer angenommen hat, ist im Steigen begriffen. Der Proteststreik ist in ganz Frankreich befolgt worden.

Arbeitsmarkt und Baupolitik

Auf einer Kundgebung des Mitteldeutschen Bauvereins, Halle, der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen, führte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Geheimrat Dr. Syrup, u. a. aus:

Im Laufe der letzten fünf Jahre sind von der Reichsanstalt und von Reich und Ländern für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge rund eine Milliarde Mark aufgebracht und damit Arbeiten mit einem Gesamtkostenaufwand von rund zwei Milliarden Mark in Gang gesetzt worden. Für die Zukunft ist die Finanzierung der Notstandsarbeiten jedoch zurzeit noch ungewiß.

Sehr erfreulich hat sich der freiwillige Arbeitsdienst entwickelt. Im Laufe des halben Jahres seit seiner Einführung konnten von der Reichsanstalt etwa 1000 Arbeiten anerkannt werden, die etwa 25- bis 30000 Arbeitsdienstwilligen Beschäftigung geben.

Die Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft lassen es kaum möglich erscheinen, auch bei günstiger Konjunktur das Millionenheer der Arbeitslosen wieder in den alten Arbeitsplätzen unterzubringen. Ein Teil der arbeitslosen Industriearbeiter muß auf das Land zurückgeführt oder auf landwirtschaftliche oder gärtnerische Arbeiten umgestellt werden.

Bandstiftungen in Mukden

Am Dienstag sind in Mukden an sieben Stellen gleichzeitig Brände ausgebrochen, die von böswilliger Hand angelegt sein sollen.

Zusammentritt des neuen Irischen Landtags

Aus Dublin, 9. März, wird gemeldet: Nach dem Abschluß der Wahlen versammelte sich heute der neue Landtag des Irischen Freistaates. Die Stimmung ist erregt wegen der Ungewißheit über den weiteren Verlauf der Dinge. Die Regierung Cosgrave, die während der ersten zehn Jahre des Bestehens des Freistaates, also seit der Unterzeichnung des Vertrages von 1922, an der Spitze stand, wird einer Regierung Platz machen, an deren Spitze Devalera, der Führer der Republikanischen Partei, treten dürfte.

Deutsche Studenten beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing, einem aus studentischen Kreisen an ihn herangetretenen Wunsche folgend, eine Anzahl Studenten deutscher Universitäten und Hochschulen, Angehörige der verschiedensten studentischen Verbände wie des Freistudententums.

Die Wortführer der Studenten gaben dem Reichspräsidenten einen Ueberblick über die die deutsche Studentenschaft und jeden einzelnen Studenten zurzeit besonders bewegenden Fragen, für die der Reichspräsident lebhaftes Interesse bekundete. Am Schlusse der Unterhaltung richtete Reichspräsident von Hindenburg die Mahnung an die anwesenden Studenten, an ihrem Teil daran mitzuwirken, daß der Geist an den deutschen Hochschulen von parteipolitischen Einflüssen frei bleibt, damit die deutschen Universitäten und Hochschulen nach den bewährten akademischen Grundsätzen eine Jugend heranbilden können, die sich einig ist in der Liebe zu Volk und Vaterland; nur so können sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Kleine politische Nachrichten

Botschafter von Hoesch am Sarge Briands

Der deutsche Botschafter von Hoesch hat sich in die Wohnung Briands begeben und am Totenbett ein Bukett Parmaveilchen niedergelegt. Der deutsche Botschafter hielt sich einige Minuten im Totenzimmer auf und verneigte sich vor der Leiche des französischen Staatsmannes. Im Laufe des Mittwochs gingen etwa 9000 Personen an der Leiche Briands vorüber.

Noch keine Entscheidungen über die weitere Behandlung des Falles Böttcher

Aus Genf, 9. März, wird gemeldet: Die Delegierten der Signatarmächte des Memelstatuts und die Vertreter Litauens sind heute — wie schon wiederholt in letzter Zeit — zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die weitere Behandlung des Falles Böttcher zu beraten. Jedoch steht hinsichtlich des Verfahrens noch nichts fest; es liegen demgemäß auch noch keinerlei Entscheidungen vor.

Der ostasiatische Konflikt

Neue Feindseligkeiten

Das Völkerbundssekretariat hat von amerikanischer, holländischer, japanischer und chinesischer Seite Mitteilungen über die Lage in Schanghai erhalten. In einer Mitteilung der japanischen Delegation wird erklärt, daß am Morgen des 7. März chinesische Truppen die vordersten japanischen Linien bei Seking angegriffen hätten. Japanische Flieger hätten umfangreiche chinesische Truppenbewegungen festgestellt.

Der chinesische Delegierte machte die Mitglieder des Völkerbundes auf ein Interview einer amerikanischen Zeitung mit dem japanischen General Shirakawa aufmerksam, aus dem hervorgeht, daß Japan in der Gegend von Peking-Tientsin neue militärische Operationen plane, weil dort nach japanischer Ansicht Unruhen bevorständen.

Nach einem amtlichen chinesischen Telegramm sollen bei Kiating, Huangtu und Taischong am 7. März heftige Kämpfe stattgefunden haben.

Massenflucht aus Nanking

Aus Schanghai, 9. März, meldet das Wolffbüro: Obwohl die allgemeine Lage besser ist, herrscht unter der chinesischen Bevölkerung eine derartige Unruhe und Aufregung, daß die unbegründete Nachricht von dem Vorrücken japanischer Truppen gegen Nanking ausreichte, um eine Massenflucht aus dieser Stadt zu veranlassen. Alle ausfahrenden Dampfer sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Vereidigung des neuen mandschurischen Staatsoberhauptes

Aus Tschangtschung, 9. März, wird berichtet: Der junge chinesische Exkaiser Puji leistete heute den Eid als Oberhaupt des neuen mandschurischen Staates.

Der Untersuchungsausschuß des Völkerbundes

wird, wie die Agentur Indo-Pazifique aus Schanghai berichtet, am 13. März in der Mandschurei erwartet. Ein Telegramm des chinesischen Delegierten in Genf, Dr. Yen, das vom chinesischen Außenminister bekanntgegeben worden sei, besage, daß vor Eintreffen des Ausschusses keine Verhandlungen in Schanghai angebahnt werden sollen.

Die Truppenzusammenziehungen an der russisch-koreanischen Grenze

Wie Reuter aus Tokio meldet, bestreitet die japanische Regierung, Truppen an der Grenze zwischen Korea und der Sowjetunion konzentriert zu haben. Dagegen ist der japanische Botschafter in Moskau beauftragt worden, die russische Regierung um Aufklärung wegen der Konzentration russischer Truppen an der Possiet-Bai zu ersuchen.

Durch alle deutschen Sender klingt die Kunde:

Besser und billiger wirtschaften — mit



„Sanne und Ella", die vorbildlichen Hausfrauen, geben Ihnen folgenden Wink zum Sparen:

„Bereiten Sie aus den oft vom Mittag übrigbleibenden kleinen Fleischresten, die Sie mit kleingeschnittenen Kartoffeln vermengt in Sanella abbacken, ein schmackhaftes Abendbrot!"

„Sanne und Ella" zeigen hier den doppelten Wert von Sanella: sie ist preiswert und sparsam — und gibt auch den billigsten Gerichten Nährwert und erhöht ihren Geschmack! Und wie gesund und bekömmlich ist sie für die Kinder aufs Brot! — „Sanne und Ella" haben noch viele solcher Winke und auch sonst „Überraschungen" für Sie! Also folgen Sie den Winken in diesem Blatte und im Radio!



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

411 SN 44•46

Heute Vormittag gegen 6.30 Uhr verschied nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe treue Frau, meine herzensgute Mutter, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Paul Haas

Erna geb. Müller

nach 6jähriger glücklicher und zufriedener Ehe im Alter von 35 Jahren und 8 Monaten.

In tiefer Trauer:

Paul Haas
Ernst Haas
nebst Anverwandten.

Burscheid, den 8. März 1932.

Die Beerdigung findet statt, am Samstag, den 12. März 1932, nachmittags um 3.30 Uhr, vom Trauerhause, Büchelerstr. 6 aus.

Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, Er wird's wohl machen. Ps. 37, 5

Heute Nacht entschlief unerwartet, infolge eines Herzschlages, mein lieber Mann, unser guter treuer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Walther

Eisenbahn-Inspektor i. R.

im 73. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Frau Friederike Walther
geb. Fromm
und Kinder.

Burscheid-Blecher, Wellesweiler, Bernkastel, Mallwischken und Schmalkalden, den 8. März 1932.

Die Beerdigung findet statt, am Samstag, den 12 März, nachmittags 1.30 Uhr, vom Sterbehause in Blecher aus, nach Altenberg.

Deutsche Männer und Frauen!

Am 13. März sollt ihr Gericht abhalten über eure und des deutschen Volkes Zukunft!
Am 13. März habt ihr zu entscheiden über Erfüllungspolitik oder deutsche Freiheit!
Am 13. März sollt ihr wählen zwischen

Hindenburg - Youngplan - Notverordnung einerseits
und
Adolf Hitler - deutscher Freiheit anderseits

Euch kann die Wahl nicht schwer fallen!

Hitler ist heute die gewaltigste Persönlichkeit der deutschen Politik. An ihn hat die ganze Weltpresse im Dezember 1931 sich gewandt um Stellungnahme zu den großen internationalen Fragen, Tribute, Youngplan und das Versailler Diktat, Auslandsschulden und Abrüstung.

Hitlers Antwort war klar und eindeutig:
Tribute, Youngplan und Versailles werden nie von uns anerkannt. Die Auslandsschulden werden wir behandeln, wie dies dem ehrlichen Kaufmann ziemt.

In der Abrüstung fordern wir die Herabsetzung aller anderen Völker auf die Stufe deutscher Rüstung. Verweigern sie dem nachzukommen, wird Deutschland die eigene Rüstung soweit steigern, daß sie dem **deutschen Volke Sicherheit** nach jeder Seite hin garantiert.

Hitler hat in allen Fragen von Politik und Wirtschaft richtig gesehen und geurteilt.

Die Welt weiß, daß er die Verkörperung der deutschen Wiedergeburt ist. Sie will sehen, ob Deutschland seiner würdig; **darum allein wurde die Tributkonferenz vom 25. Januar auf Ende Juni verschoben.** Ohne Nationalsozialisten will die Welt mit Deutschland nicht mehr verhandeln, weil sie weiß, daß hier die deutsche Kraft und Zukunft liegt.

Hitler muß Deutschlands Repräsentant nach innen und außen werden. Er bedeutet für die ganze Welt die geeinte Kraft der erwachten deutschen Nation.

Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten ist die Einleitung einer neuen, großen Politik, die Deutschland aus Not und Sklaverei einem besseren Morgen entgegenführt.

Hitler ist der Mann des deutschen Volkes!

Hitler ist Blut von unserem Blut! Sein Herzschlag ist der der breiten Volksschichten.

Mit den Millionen Frontsoldaten hat er im Weltkrieg gestritten und gelitten. Mit den Millionen hat er nach dem Krieg Weh und Leid geduldet und ertragen. Für die Millionen hat er seit dreizehn Jahren gekämpft und gemahnt.

Er ist Fleisch von unserm Fleisch!

Ihn trennt nicht eine alte Welt von den breiten Schichten der Nation!

Hitler ist der Mann, der als deutscher Reichspräsident einer ganzen Welt das deutsche Volk bedeutet.

Darum, deutsche Männer und Frauen!

Eure Parole zur Reichspräsidentenwahl am 13. März heißt:

Adolf Hitler - Deutschlands Freiheit!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Ortsgruppe Burscheid)

Thalysia-Lichtbild-Vorträge

unentgeltlich für Frauen und erwachsene Mädchen



Blüte, Reife und vorzeitiges Altern des weiblichen Körpers!

Am Scheidewege von Glück und Leid

Durch interessante Naturaufnahmen und Demonstrationen am Körper wird gezeigt, wie der Verfall der Jugendlichkeit aufzuhalten oder zu verhindern ist. Für alle Damen äußerst wichtig und lehrreich, selbst für jene, deren Körper noch gut erhalten ist; für ältere Damen geradezu eine Frage der Lebensverlängerung.

Eintritt frei

Freitag, den 11. März, nachm. 3.30 Uhr und abends 7.30 Uhr im Hotel Jägerhof Burscheid (Inhaber Ohmann)

Abgeschlossene

3-Zimmer-Wohnung

in Burscheid zu vermiet

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

2 egale, gute 1-schläfige

Bettstellen

mit Matratzen, zu verkaufen. — Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kost und Logis

für 1 evtl. auch für 2 ordentliche junge Leute frei. Billige Preise. — Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Ztg

---

Schöne

2- oder 3-Zimmer-Wohnung

in ruhigem Hause, sofort oder später zu mieten gesucht. — Offerten unter „B. F. 220" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Herunter mit dem Mittelstand

Alle müssen die Bude zumachen!

so schrie schon 1904 der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Konsumvereinsvorsitzende Peuß.

Diese Gesinnung hat im letzten Jahrzent triumphiert.

Am 13. März kann kein Mittelständler in der gleichen Linie mit der Sozialdemokratie stehen.

Keine Stimme dem Kandidaten des heutigen Systems!

Der Mittelstand wählt geschlossen

Adolf Hitler!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Burscheid.

---

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

26. Ziehungstag — 9. März 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 395034
14 Gewinne zu 5000 M. 110519 135936 207866 227897 251545 366811 384443
24 Gewinne zu 3000 M. 6407 18226 44769 51253 142598 229400 248501 270086 317358 368949 391818 394108
46 Gewinne zu 2000 M. 3664 7903 22905 73585 126070 130327 161105 179210 193798 232590 234813 251291 275093 286930 290282 304219 320685 326099 339769 346331 360426 381282 390764
114 Gewinne zu 1000 M. 1398 18005 23883 30795 37389 38497 48056 58692 69645 71103 85113 88038 89522 104323 106828 107754 117917 134727 135016 146287 149636 166733 168442 169134 172935 181090 182927 183159 185527 193425 216666 228386 244881 266489 269430 273317 279533 284598 286235 288873 289171 294362 299106 300033 317771 319277 332497 333405 334358 338746 341515 347161 351473 378733 382004 386508 387058
194 Gewinne zu 500 M. 784 2059 5087 8674 8840 9500 9516 11384 41356 51049 51070 54283 60473 61750 61882 62934 64365 67913 72981 73931 78528 85031 87817 91936 98241 109092 110793 114113 117229 119892 122701 132008 138233 147218 150274 154938 157458 163009 165008 171914 188320 190148 196489 199912 201191 205615 207263 207910 209240 214097 214322 219439 222935 225190 229001 234471 242391 249746 252434 253265 256702 259384 260703 262326 265390 272524 275297 275364 280841 285788 294419 296231 311456 318060 319298 326913 327071 327224 333357 339188 344786 345148 348871 357539 363393 364230 366613 368243 370549 373868 377304 377691 386133 393221 393437 394166 398590

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 397043
6 Gewinne zu 10000 M. 5505 21654 322741
12 Gewinne zu 5000 M. 218 104236 184214 248960 271880 323871
14 Gewinne zu 3000 M. 134934 144605 187699 197725 206461 258332 384869
48 Gewinne zu 2000 M. 5163 34906 84713 146457 157128 138762 170750 171427 174421 199863 203071 218970 224510 227669 250710 250984 263182 282053 295583 296746 301160 335163 363637 386876
84 Gewinne zu 1000 M. 9186 19326 40732 50013 53891 56432 59189 60132 91342 94581 105640 112933 118569 133728 136141 142636 143303 148306 149858 149890 159407 183645 192882 212517 230618 233475 253171 259964 272403 276805 291565 313106 325572 329518 332829 339455 342813 347874 352666 353265 361005 392204
146 Gewinne zu 500 M. 1972 13960 15685 26436 30576 34224 34548 37758 58671 60148 64994 72503 78126 78692 84715 94986 97422 113241 117182 119099 128445 131040 137427 143123 151497 157158 168219 170391 181660 192527 193977 195945 201945 211411 214544 218048 220492 224049 231139 243346 248469 249031 252563 253682 274476 289835 290877 292294 292755 303363 304123 306024 307391 308629 312089 318020 321776 328196 330308 332768 342343 343833 344879 351730 370608 371477 374690 378117 378986 379559 388359 398653 399036

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 59 2. Blatt Donnerstag, 10. März 1932

Achtet den Pfennig

Er hat eine Zeit lang nicht gerade sehr hoch im Kurs gestanden, der gute alte Kupferpfennig. Heuer aber kommt er wieder zu seinem Recht, und die Tatsache, daß die neugeprägten Vierpfennigstücke unterwegs sind, bedeuten sogar seinen entscheidenden Sieg. Endlich wurde er wieder entdeckt, nachdem man ihn achtlos beiseitegelegt hatte. Schon einmal kam der Pfennig unerwartet zu großen Ehren. Das war nach der Inflation. Nichts hatte mehr Gültigkeit, nur der Kupferpfennig thronte, und man erzählt sich, das Märchen von einem Lumpensammler, der in der Inflationszeit einen Sack voller Pfennige als Altmetall gekauft und dann stehen gelassen hatte. Als nun die Stabilisierung kam, wurde der Lumpensammler zwar nicht übermäßig reich, er war aber so etwas wie ein leidlich wohlhabender Bürger geworden.

Heute im Zeichen der Preissenkung können wir uns Erfolge ohne den Pfennig gar nicht mehr denken. Der Volksmund hat das alte Sprichwort umgedichtet: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist der Preissenkung nicht wert!" Was würden jedoch alle Maßnahmen, alle Bestimmungen nützen, wenn sich nicht die Verbraucher selbst, die Hausfrauen vor allem, in die Front des Preiskampfes stellen. Sie können am meisten dazu beitragen, daß der Pfennig beim Einkauf im Laden wieder seinen Wert erhält.

Dann müssen wir uns von jenen Empfindungen befreien, als wäre Kupfergeld lästig. Diese Bewußtseinsstufe muß von uns überschritten werden, den Pfennig als Teilstück einer großen Summe zu werten, dann kommen wir auch vorwärts.

Das neue Vierpfennigstück wird in noch größerem Maße die Rechnung mit dem Pfennig im täglichen Verkehr verstärken. Durch den Vierer wird auch das Fünfpfennigstück wertlos, mit dem man so gerne „rundete". Aber über allem steht das besondere Ziel der Pfennigrechnung: Erziehung zur Sparsamkeit!

Heute abend spricht Hindenburg

Reichspräsident v. Hindenburg spricht am Donnerstag, den 10. März, abends 7,30 bis 7,45 Uhr, für alle deutschen Sender.

Wie wir erfahren, sind diesmal alle Vorkehrungen getroffen, um Störungsversuche zu unterbinden. Die Ansprache wird, wie wir schon ankündigten, keine Stellungnahme zum Wahlkampf, sondern einen Rückblick des Reichspräsidenten auf die verflossenen sieben Jahre seiner Amtstätigkeit bringen.

Jubiläum deutscher Sozialgeschichte

Zur Fünfzigjahrfeier des Bestehens der ersten Arbeiterkolonie Deutschlands

Am 22. März 1882 gründete der Vater von Bethel, Friedrich von Bodelschwingh, die erste deutsche Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf in der Senne, unweit Bielefelds. Damit wurde seinerzeit der erste Versuch gemacht, der Arbeitslosigkeit, wie auch der Heimatlosigkeit weiter Schichten unseres Volkes einen „kräftigen Damm entgegenzubauen". Die Arbeiterkolonie sollte die Wanderarmen vor den Gefahren der Landstraße bewahren, ihnen vorübergehend Arbeit und Heimat bieten und sie durch innere und äußere Ertüchtigung für einen neuen Lebensberuf wieder zu rüsten. Am 17. August 1882 konnte die Arbeiterkolonie ihre Tore öffnen. Noch im gleichen Jahr stieg die Zahl der Kolonisten auf 500. Neue Arbeiterkolonien nach dem Muster Wilhelmsdorf wurden geschaffen. Heute gibt es im Deutschen Reich 52 Arbeiterkolonien mit 6768 Plätzen und zahlreichen Notquartieren. Bethel hat im Laufe der Zeit 12 Arbeiterkolonien geschaffen. Wenn wir die Hoffnungstaler Kolonien bei Berlin ausnehmen, so gingen im letzten Jahr durch diese Kolonien insgesamt 5150 Wanderer und Arbeitslose mit 350 140 Pflegetagen.

Bodelschwinghs Gedanken gingen weit darüber hinaus. Die in der Industrie überschüssigen Kräfte sollten zur Landwirtschaft umgeschult und in ihr einen neuen Lebensberuf finden. Heute scheint die Zeit gekommen, diesen Gedanken tatkräftiger als bisher zu verfolgen. Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, der von Bethel ins Werk gesetzt wurde, ist der Versuch erfolgreich getätigt, junge Menschen von der Stadt aufs Land zurückzuführen. Im Sigmarshof und im Wagnerhof in der Hermannsheide sowie im alten Sennelager Staumühle bei Paderborn arbeiten zurzeit etwa 400 junge Menschen. Weitere Jugendgruppen aus dem Siegmarshof arbeiten jetzt schon auf großen Gütern in Mecklenburg und Niederschlesien. Das Ziel ist, ihnen in der Landwirtschaft des deutschen Ostens eine neue Lebensstellung und ein eigenes Heim auf eigener Scholle zu erringen.

Helft Bethel!

Im Zeichen der Wirtschaftsnot
Ueber 2500 Epileptische untergebracht

Die Folgen der schweren Wirtschaftskrise, in der wir heute leben, machten sich auch in Bethel, der Stadt der Elenden, von Tag zu Tag deutlicher bemerkbar. In einem so großen Haushalt, wie Bethel ihn führen muß, ist es wahrlich keine geringe Sorge, wenn Zahlungsstockungen bei den Wohlfahrtsbehörden, den Provinzen und Gemeinden eintreten. Neben dieser Not bringt die Zeit zugleich aber auch neue Aufgaben. Immer mehr Hände strecken sich bittend nach Bethel aus. Daher sind alle Plätze in Bethel besetzt. Nach der letzten statistischen Aufstellung beherbergt Bethel 2544 Epileptische, hinzu kommen noch 906 Gemüts- und Geisteskranke, die im letzten Jahr in den Häusern von Bethel verpflegt wurden. Das neue Aufnahmehaus Mara, das im vergangenen Jubiläumsjahr dem Andenken Vater Bodelschwinghs gewidmet war und das der wichtigen Arbeit an frisch erkrankten Epileptischen dienen soll, harrt, je nachdem die Mittel reichen, seines Ausbaues. Auch die neue Heimstätte in Freistatt konnte noch vor Beginn der schweren Wirtschaftsnot aufgerichtet werden und hat hundert obdachlosen Männern die Türen öffnen dürfen. Fast die gleiche Zahl neuer Plätze konnte im Heimatdorf in der Hermannsheide (Westfalen) fertig werden. So weitet sich mitten in schwerster Zeit der Dienst Bethels. Trotz aller Lasten, die auch den Freunden Bethels auferlegt sind, bittet die Anstalt um weitere kräftige Unterstützung und Mithilfe.

Keine Senkung der Beamtengehälter

Die Presseabteilung des Deutschen Beamtenbundes hat gestern von der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums einen Brief bekommen, in dem unter Bezugnahme auf die Nachricht, daß im Lande von den radikalen Parteien mit dem Argument agitiert werde, die preußische Regierung werde, sobald die Wahl des Reichspräsidenten vorbei sei, eine Senkung der Beamtengehälter von sich aus vornehmen, mit Ermächtigung des Ministerpräsidenten Dr. Braun mitgeteilt wird, daß es sich dabei um eine Agitationslüge handelt. Bei keiner verantwortlichen Stelle der preußischen Staatsregierung bestehe die Absicht einer Gehaltssenkung für die Beamtenschaft.

Goldene Hochzeit in Imelsbach

Wir haben in unserem Heimatblatt schon wiederholt die erfreuliche Feststellung machen dürfen, daß in unseren Bergen eine gesunde Luft weht und daß dies wohl ganz besonders mit dazu beiträgt, daß hier ein kräftiger und zäher Menschenschlag beheimatet ist. Ein trefflicher Beweis für diese Behauptung sind wohl vor allem auch die zahlreichen Goldenen Hochzeiten, die wir im Laufe der vergangenen Jahre in unserer Gemeinde feiern durften. Auch in diesem Jahre wieder können wir — so Gott will — eine Reihe solcher seltenen Feste begehen.

Den Reigen eröffnet in diesem Jahre mit dem morgigen Freitag, dem 11. März, das allseitig geachtete und beliebte Ehepaar Karl Mebus und Frau, Rosa geb. Schäfer in Imelsbach, das sich vor 50 Jahren ewige Treue schwur. 50 Jahre sind es, seit sich diese Beiden die Hände zum Lebensbund reichten, ein halbes Jahrhundert. 50 Jahre ist eine lange, lange Zeit und sehr wenigen Eheleuten ist es beschieden, diesen Tag zu erleben. Darum hat man allen Grund und auch ein Recht dazu, denselben in gebührender Weise aus dem täglichen Einerlei herauszuheben. In all den so ereignisvollen Jahren haben die Eheleute Mebus getreulich Freud' und Leid miteinander getragen, glückliche und schicksalsschwere Tage vereint verlebt und können nun in dem Bewußtsein, vor Gott und den Menschen ihre Pflicht erfüllt zu haben, auf ihren Lebensweg zurückblicken. Arbeit und Mühe sind ihnen gewiß nicht erspart geblieben, aber an ihr haben sie sich aufgerichtet und in ihr den eigentlichen Lebenszweck erkannt. Aber auch Glück und Freude sind oft bei ihnen eingekehrt, haben ihnen manches Geschenk beschert, das ihnen heute noch in der Erinnerung lieb und wert ist. Die körperliche und geistige Frische, deren beide sich noch erfreuen, zeigen deutlich, daß sie dem gesunden bergischen Menschenschlag entstammen.

Der Jubelbräutigam ist heute 73 und die Jubelbraut 78 Jahre alt und beide schauen noch recht wacker ins Leben. Vier Söhne und drei Töchter, zwölf Enkel und drei Urenkel, sowie die übrigen Anverwandten sind es, die sich mit dem Jubelpaare an diesem Festtage freuen und alles daran setzen werden, diesen zu einem Ehrentage zu machen, wenn er auch, in dessem Sinne, in stiller und einfacher Weise begangen werden soll. Mit den vielen Glückwünschen, die dem verehrten Jubelpaare, das stets recht und schlicht durchs Leben gewandert ist, in diesen Tagen von allen Seiten zugehen werden, möchten auch wir unsere besten Wünsche für viel Glück und des Himmels reichsten Segen für die Zukunft des Jubelpaares verbinden. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre gemeinsam einer mit dem andern das Glück und den Frieden eines schönen ungetrübten Lebensabends im Kreise seiner Familie zu verleben.

Der Tiefstand erreicht?

Wir entnehmen einem Bericht der Kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, daß der Bewerberzugang gegenüber dem Vormonat wesentlich zurückgegangen ist. Immerhin kommt durch Kündigungen vorsorglicher Art der Wirtschaftspessimismus, der durch die ungeklärte innen- und außenpolitische Lage verstärkt wird, zum Ausdruck. Größerer Bewerberzugang kam aus der Maschinen-, Eisen- und Metallwarenindustrie vornehmlich westdeutscher Industrieorte. Bergbau- und Braunkohlenbezirke melden weitere Stillegungen bezw. Feierschichten. Sehr ungünstig ist die Beschäftigung in der Baustoffbranche, während die Textilindustrie ein uneinheitliches Bild bietet. Umfangreiche Entlassungen von Bankangestellten werden durch die Zusammenlegung der Dresdner- und der Danatbank befürchtet. Bei der Beurteilung der künftigen Stellenmarktentwicklung darf jedoch nicht übersehen werden, daß mit dieser Bankfusion auch das Ziel der Wiederbelebung des Kreditgeschäftes befolgt wird. Verschiedene Berichte größerer Betriebe zeigen, daß bei vorsichtiger Geschäftsführung auch im vergangenen Jahre erfolgreich gearbeitet wurde, und die weitere Entwicklung zuversichtlicher beurteilt wird. Befremdend wirkt die Tatsache, daß einige süddeutsche Firmen, obwohl Kurzarbeitsabkommen mit Kündigungsschutz vereinbart wurden, Entlassungen vornehmen. Die Hoffnung auf Belebung im Speditionsgewerbe anläßlich des Umzugstermins haben sich leider nicht erfüllt. Das Ausfuhrgeschäft weist als Folge der Zollpolitik erneute Schrumpfung auf. Z. Zt. liegen 30 Prozent der deutschen Handelsflotte auf.

Die Wirtschaftslage im Osten wird nachteilig beeinflußt durch das offenkundige Ziel der polnischen Politik, den Aus- und Einfuhr- sowie den Transitverkehr durch schikanöses und vertragwidriges Verhalten zu stören.

In der Lehrstellenvermittlung herrscht ein außerordentlich großes Mißverhältnis zwischen der Zahl der neuen Berufsanwärter und der offenen Lehrstellen. Lehrstellenaufträge werden nur zögernd erteilt, es besteht die Hoffnung, daß in den nächsten zwei Monaten noch Neueinstellungen erfolgen.

Das Auftrags- und Vermittlungsergebnis hat im Monat Februar eine nicht unerhebliche Besserung erfahren. Ausdruck dafür ist unter anderem die von der Kaufmännischen Stellenvermittlung des DHV errechnete Andrangsziffer von 95,3 (Bewerber auf eine neugemeldete Stelle) im Februar gegenüber 107,2 im Januar und 45,8 im Februar 1931.

Große Auswirkungen zeigt die Not der Zeit bei den deutschen Schaumweinfirmen. Im Jahre 1931 betrug der Verbrauch an Sekt in Deutschland 6,7 Millionen Flaschen, während er im Jahre 1929 noch 10,5 Millionen und im Jahre 1927 sogar 14 635 000 Flaschen betrug. Die Ausfuhr ins Ausland ließ ebenso nach, wenn auch England noch immer Hauptabnehmer mit ungefähr 70 Prozent ist.

Aus der Heimat

Generalversammlung der Lokalabteilung

Am morgigen Freitag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, findet in Opladen im Hotel Moritz (Dautzenberg), Bahnhofstraße, eine Generalversammlung der Lokalabteilung Solingen des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen statt.

Die Tagesordnung sieht vor: Eröffnung der Versammlung durch den Direktor. Vortrag des Herrn Oberlandwirtschaftsrat Dr. Engels von der Landwirtschaftskammer in Bonn: „Die Lage der bäuerlichen Veredlungswirtschaft". Aussprache über erneut in den Vordergrund getretene Fragen des Reichsmilchgesetzes sowie Besprechung der Verhandlungen der in der letzten Generalversammlung gewählten Kommission mit der Milchverwertungsgenossenschaft in Leverkusen-Wiesdorf zur Durchführung der Milchverarbeitung. Verschiedenes.

Meisterschaftsringen in Metzholz

Das Meisterschaftsringen zwischen dem Kraftsportverein Metzholz und dem TV Frischauf Hilgen endete mit einem 33:7-Siege für Hilgen. Die Metzholzer, die mit zwei Mann Ersatz antraten, errangen ihre Punkte durch Schmitter 1 im Schwergewicht, der beide Gänge gewann, und dem Unentschieden des Fliegengewichtskampfes. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

Wahlpropaganda mit Flugzeugen

Der Reichsverkehrsminister hat der Deutschen Lufthansa die Genehmigung erteilt, ihre Maschinen, soweit sie nicht zum Streckendienst eingesetzt sind, auf Anforderung in den Dienst der Wahlpropaganda zum Zweck des Flugblattabwurfs zu stellen, und zwar für die Zeit vom Mittwoch bis zum Samstag, dem Vortag der Reichspräsidentenwahl.

Am heutigen Morgen erschienen schon zwei Flugzeuge mit der Aufschrift „Wählt Hitler" über unserer Stadtgemeinde und flogen nach geraumer Zeit in Richtung Opladen davon.

Auch die Düsseldorfer „Volksparole" verboten

Auch die Düsseldorfer nationalsozialistische Tageszeitung „Volksparole" wurde bis zum 16. ds. Mts. verboten, weil sie, ebenso wie der „Westdeutsche Beobachter" in Köln und das „Koblenzer Nationalblatt", trotz des voraufgegangenen Dementis die wahrheitswi-

Geht nicht zur See!

Eine Warnung des Verbandes deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere

Der Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere warnt in einer Erklärung erneut alle Eltern davor, ihre etwa seelustigen Söhne die seemännische Laufbahn ergreifen zu lassen. Die Verhältnisse in der Handelsflotte seien so schlimm geworden, daß junge Leute, die das Befähigungszeugnis, als Schiffsoffiziere zu fahren und Kapitän zu werden, schon besitzen, noch glücklich sein müssen, wenn sie eine Anstellung als Matrose finden. 220 Kapitäne, 900 Schiffsoffiziere aller Lebensalter, 700 Schiffsingenieure und 8000 Schiffsmannschaften seien bereits stellungslos. Durch Abwracken soll der Schiffsbestand unserer Handelsflotte noch weiter herabgesetzt werden. Wer jetzt noch zur See zu gehen versuche, werde nur die große Zahl derer vermehren, die hoffnungslos umkehren, um einen anderen Beruf zu suchen oder Arbeitslosenunterstützung zu beziehen.

Schweres Lastwagenunglück

3 Tote

Burscheid, 9. März. Heute Nacht 3,30 Uhr verunglückte auf der Strecke Lützenkirchen—Burscheid ein Transportwagen, auf dem sich eine Kolonne Arbeiter auf dem Wege zur Arbeitsstätte befanden. Der Führer des Wagens, der anscheinend die Strecke nicht genau kannte, übersah ein Kurvenzeichen und der Wagen geriet erst mit zwei linken Rädern in einen Graben und stürzte dann die etwa 5 Meter hohe schräge Böschung herab. Von den 25 Arbeitern wurden zwei getötet, drei schwer verletzt. Fast alle anderen erlitten Brüche und andere Verletzungen. Einer starb bei der Einlieferung ins Krankenhaus. Der Wagen wurde zertrümmert.

Soweit die Meldung des „Kölner Lokalanzeiger", die wir in seiner gestrigen Ausgabe finden. Wir setzten uns sofort nach Bekanntwerden mit den verschiedenen Polizeiverwaltungen, Krankenhäusern und vielen Privatpersonen, die an der Strecke Lützenkirchen—Burscheid wohnen, ins Benehmen und mußten erfahren, daß ihnen von einem solch schweren Unglück nichts bekannt war. Die Schriftleitung der genannten Zeitung ist sicherlich einer groben Falschmeldung zum Opfer gefallen, die umso bedauerlicher ist, daß man in frivoler Weise mit Autounglücken spielt, die sich in der Tat gar nicht ereignet haben.

Wir sahen uns zur Veröffentlichung dieser Meldung verpflichtet, um keine Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen.

---

drige Behauptung wiederholt hat, daß die preußische Staatsregierung beabsichtige, im Falle eines Wahlsieges Hitlers bei der Präsidentenwahl mit ungesetzlichen Gewaltmaßnahmen gegen die NSDAP vorzugehen.

Milchhandelserlaubnis

In Durchführung des Reichsmilchgesetzes müssen am 1. April 1932 alle Landwirte, die Milch in den Verkehr bringen, die Milchhandelserlaubnis haben. Zur Erlangung dieser Erlaubnis muß u. a. die Sachverständigkeit nachgewiesen werden. Die Landwirtschaftsschule in Opladen beabsichtigt zu diesem Zweck einen kurzen kostenlosen Lehrgang einzurichten, in dem das entsprechende Zeugnis erworben werden kann. Es wird den Landwirten, die Milchhandel betreiben, empfohlen, an diesem Kursus teilzunehmen. Anmeldungen können in der Generalversammlung der Lokalabteilung Solingen des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, die am morgigen Freitag in Opladen stattfindet, und auch unmittelbar bei Herrn Direktor Dr. Buter bei der Landwirtschaftsschule in Opladen erfolgen.

Kleinhandel mit frischen, geräucherten und marinierten Seefischen

Die Solinger Industrie- und Handelskammer weist darauf hin, daß am heutigen 10. März die Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Preisbildung im Kleinhandel mit frischen, geräucherten und marinierten Seefischen in Kraft tritt. Diese Verordnung sieht für den Kleinhandel bestimmter Fische und Feinmarinaden einen Höchstbetrag für die Bruttoverdienstspanne vor. Es handelt sich um folgende Fische in frischem oder geräuchertem Zustand: Kabeljau, Schellfische, Rotbarsche, Seelachs, Heringe, Fischfilets, Bücklinge, Sprotten, Flundern. Von Feinmarinaden kommen in Betracht: Appetitfilds, Gabelbissen und Marinaden mit besonderen Tunken. Wer Fische oder Fischwaren der erwähnten Art im Kleinhandel absetzt, hat ferner in seinem Laden, Schaufenstern und Schaukästen und an seinem Verkaufsstand gut sichtbar Preisverzeichnisse anzubringen, aus denen der genaue Verkaufspreis für sämtliche Sorten und Qualitäten — auch für den Verkauf im Ausschnitt — ersichtlich ist. Bei den Marinaden brauchen nur die hauptsächlichen Konsummarinaden aufgeführt zu werden.

Den Wortlaut der Verordnung brachten wir bereits im Anzeigenteil der gestrigen Ausgabe.

Gute Sportmöglichkeit im Sauerland
Wintersportzüge trotz Wahlen

Aus Winterberg wird gemeldet: 45 cm Schnee — Pulverschnee —; davon 10 cm neu. —4Grad, Nordwestwind, z. Zt. noch leichter Schneefall. Sportmöglichkeit sehr gut.

Die Reichsbahndirektion Wuppertal beabsichtigt, sofern das Winterwetter anhält, am Sonnabend und Sonntag die im Wintersportfahrplan nach dem Sauerland vorgesehenen Wintersportzüge verkehren zu lassen. Wintersportler, die am Sonnabend und Sonntag zu einem kurzen Sportaufenthalt das Sauerland besuchen wollen, besorgen sich zweckmäßig für die Ausübung der Wahl bei der für ihren Wohnort zuständigen Wahlamtsstelle einen Stimmschein.

Kölner Sängerbund gegen Frankfurt

Die im Kölner Sängerbund zusammengeschlossenen Vereine des Rheinischen Sängerbundes lehnten in einer Sitzung die Reise nach Frankfurt a. M. zum Deutschen Sängerbundesfeste einmütig ab. Für 1933 wurde ein Wertungssingen geplant.

Start der Rheindampfer am 25. März

Der kleine gelbe Taschenfahrplan der „Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt"! Er kündet den Beginn des fahrplanmäßigen Personenverkehrs auf dem Rhein für Karfreitag — und damit die Eröffnung der Reisesaison am Rhein an. An diesem Tage früh 7,20 verläßt der erste Schnelldampfer Köln, ihm entgegen kommt aus Mainz um 10 Uhr der zweite. Zwei Dampfer sind es, die sich täglich in diesen Berg- und Talfahrten abwechseln, bis am 30. April der verstärkte Verkehr einsetzt. Im ersten Fahrplan verkehren an Sonn- und Feiertagen noch ein Dampfer, 6,30 ab Bonn bis nach Mainz und ein Motorschiff 10,00 ab Köln nach Rolandseck mit anschließendem Zwischenverkehr Rolandseck — Bonn — Linz und Rückfahrt nach Köln; ferner ebenfalls Sonn- und Feiertags ein Dampfer 11,00 ab Mainz nach Köln und 14,00 ab Mainz nach Rüdesheim und zurück (bis Mannheim). Auf dem Niederrhein besteht Sonn- und Feiertags durchgehende Fahrgelegenheit ab Köln (9,45) nach Zons — Düsseldorf — Duisburg — Wesel — Emmerich (Rotterdam) und in der Bergfahrt 8,00 ab Wesel bis Köln; daneben sind mehrere Lokalfahrten auf der Strecke Düsseldorf — Kaiserswerth — Uerdingen und zurück vorgesehen, von denen die meisten am 30. April in täglichen Verkehr übergehen.

Für alle Fahrten, die nicht Schnellfahrten sind — deren neuer Tarifkilometerpreis 6,8 Pf. (bisher 7,5 Pf.) beträgt — ist die Bezeichnung „Einheitsfahrt" eingeführt und der Kilometerpreis auf 4,8 Pf. (früher Personenfahrt 5,5 Pf.) gesetzt, am Nieder- und Oberrhein auf 4,5 Pf. — Die Fahrpreisermäßigungen für Reisegesellschaften, Jugendgruppen, Schulen usw. und die sonstigen Vergünstigungen sind weiter ausgebaut. Auch die Preise für Speisen und Getränke sind beträchtlich ermäßigt worden.

Zeppelin-Post

Wie uns aus Friedrichshafen mitgeteilt wird, ist in den Auflieferungsbedingungen in diesem Jahre eine sehr wesentliche Aenderung eingetreten. Da diese Fahrten hauptsächlich dem regulären Postverkehr dienen, hat das Reichspostministerium verfügt, daß nur solche Sendungen zur Beförderung angenommen werden dürfen, welche die Adresse eines Empfängers in Südamerika tragen. Es sind also Sendungen an die eigene Adresse oder nach Nordamerika zur Beförderung nicht mehr zulässig. Der Luftschiffbau Zeppelin ist jedoch bereit, Sendungen, die an die Adresse: An das Luftschiff Graf Zeppelin in Recife (Pernambuco) gerichtet sind, dem Absender wieder zurückzubringen und zu übersenden gegen eine Gebühr von 2 intern. Antwortscheinen oder 50 Pfg. Diese Gebühr ist im Voraus an den Luftschiffbau Zeppelin, Verkehrsabteilung S. A. in Friedrichshafen zu senden. Die Sendungen selbst sind bei irgend einem deutschen Postamte aufzuliefern, sie müssen jedoch die genaue Adresse des Absenders tragen.

Aus Westdeutschland

Verbotswidrige Umzüge von Nationalsozialisten

Köln, 10. März. Gestern nachmittag unternahmen Nationalsozialisten auf mehreren Lastwagen einen verbotswidrigen Umzug durch die Straßen Kölns. Die politische Polizei schritt ein und nahm mehrere Dutzend Beteiligte fest, die dem Polizeipräsidium zugeführt wurden. Ob Waffen gefunden wurden, war noch nicht zu erfahren, wie überhaupt noch nähere Einzelheiten ausstehen.

Acht Jahre Zuchthaus wegen Ermordung seiner Frau

Krefeld, 10. März. Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Johann Busch wegen Ermordung seiner Frau zu acht Jahren Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Busch, aus dem Zuchthaus entlassen, war zu Ohren gekommen, daß seine Frau während seiner Abwesenheit sich für einen anderen Mann interessiert hatte. Voll Eifersucht getrieben, machte Busch seiner Frau deshalb Vorhaltungen, was die Frau eines Tages veranlaßte, das Haus ihres Mannes zu verlassen und zu ihren Eltern überzusiedeln. Am 18. Januar lauerte Busch seiner Frau auf. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen zog Busch ein Taschenmesser und brachte seiner Frau mehrere Stiche bei, die ihren Tod nach kurzer Zeit zur Folge hatten.

Kölner Falschmünzer festgenommen

Neuwied, 10. März. Am Dienstag wurde hier das in Köln wohnhafte polnische Ehepaar Buckin wegen Vertreibung von Falschgeld festgenommen. Das Ehepaar hatte auf dem Jahrmarkt einen Stand mit Schuhen eingerichtet und machte abwechselnd in den Geschäften der Stadt kleinere Einkäufe, wobei es falsche Fünfmarkstücke absetzte. Bei der polizeilichen Untersuchung wurden noch für 100 Mark falsche Fünfmarkstücke vorgefunden, außerdem etwa 900 Mark in Papiergeld.

Opfertat eines erwerbslosen Wanderburschen

Trier, 10. März. Von einer in der heutigen Zeit fast unglaublich anmutenden Opfertat eines bettelnden Wanderburschen wird aus Wehr an der Obermosel berichtet. Dort sprach ein erwerbsloser Wanderbursche in einem Hause vor und bat um eine Gabe. Als ihn die Hausfrau mit der Begründung abwies, ihr Mann sei selbst arbeitslos, sie hätten acht Kinder und kaum etwas zu essen, da griff der Fremde in die Taschen seines zerrissenen Anzuges, kramte alle bisher zusammengebettelten Pfennige hervor und händigte sie der Frau trotz deren Widerstrebens aus. Dann entfernte er sich, machte die Bettelrunde im Dorf, ging erneut zu der Frau, händigte ihr den ganzen Ertrag seines Rundganges aus und verschwand schnell, ohne den Dank der Frau abzuwarten.

Die Stadt gibt eine Schenkung zurück

Mayen, 10. März. In der Vorkriegszeit hatte eine Familie der Stadt eine Schenkung von 40 000 Mark zur Errichtung einer Be-

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Jetzt an den Wohlfahrtsminister

Leverkusen, 10. März. Vorstand und Aufsichtsrat der Baugenossenschaft hatten vor einiger Zeit an den Preiskommissar ein Schreiben gerichtet, in welchem sie sich darüber beschwerten, daß die Mietherabsetzung in Leverkusen abgelehnt worden ist. Nachdem der Preiskommissar geantwortet hatte, die Beschwerde sei an den Arbeitsminister weitergeleitet worden, hat dieser jetzt mitteilen lassen, daß für diese Angelegenheit der Wohlfahrtsminister zuständig sei. Dementsprechend sei die Beschwerde an das Wohlfahrtsministerium geschickt worden.

Kundgeber wurden zerstreut

Leichlingen, 10. März. Am Dienstagabend kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und kommunistischen Kundgebern. Letztere durchzogen in Stärke von etwa 100 Personen die Stadt, um auf dem Marktplatz durch Sprechchöre Wahlpropaganda zu entfalten. Als ihnen dies von der Polizei untersagt wurde, kam aus der Menge der Ruf: „Schlagt den Hund tot!" Die Polizei schritt darauf zur Auflösung des Zugs, wobei auch vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte.

Schwerer Autounfall

Dabringhausen, 10. März. Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr ereignete sich auf der Straße Dabringhausen — Markusmühle ein schwerer Unfall. Ein Lieferwagen der Konsumgenossenschaft „Einigkeit" kam auf der kurvenreichen, mit Schnee bedeckten Straße ins Schleudern. Der Fahrer verlor die Gewalt über den Wagen, und derselbe stürzte einen etwa 6 Meter hohen Abhang hinunter. Stark beschädigt blieb das Auto liegen. Der Führer kam mit geringen Verletzungen davon.

Prozeß Aldermann

Dabringhausen, 10. März. In der Prozeßsache gegen den Händler Willy Aldermann von hier, der bekanntlich vor einiger Zeit zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, fand die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Elberfeld statt. Wiederum war ein großes Zeugenaufgebot erschienen, so daß die Verhandlung, die sich bis in die Abendstunden hinzog, nicht zu Ende geführt werden konnte. Es wurde deshalb ein weiterer Verhandlungstermin auf den heutigen Donnerstag angesetzt, in dem wahrscheinlich auch das Urteil gefällt wird.

Der Fernsprecher zu teuer

Die Reichspost hat bekanntlich eine Reihe von Gebührenermäßigungen eintreten lassen. Leider fallen diese auf dem Gebiet des Fernsprechwesens kaum nennenswert ins Gewicht. Die Forderung nach weiterer Ermäßigung besonders der Fernsprechgebühren hat daher nach wie vor Berechtigung.

Es wird, so sagt der Zeitungsdienst der Vela, Vereinigung der leitenden Angestellten e. V., nötig sein, diese Forderung unabhängig zu wiederholen, teils um der Wirtschaft des Volkes, teils um der Wirtschaftlichkeit der Post willen. Denn im Jahre 1932 ist man in deutschen Landen denn doch so weit, den Fernsprecher als ein unentbehrliches Hilfsmittel auch vieler kleineren Unternehmungen zu betrachten, die die Höhe der Fernsprechgebühren als geradezu untragbar empfinden; zum anderen wird die Postverwaltung nicht abstreiten wollen, daß sie durch die Wirtschaftslage, durch die dadurch herbeigeführte Verminderung des Fernsprechens wegen der Höhe ihrer Gebühren Schaden bereits genommen hat und wohl noch weiter nimmt. Schon sind nicht wenige Fernsprechanschlüsse aufgegeben worden, und mancher Fernsprechteilnehmer erwägt, ob er nicht auch seinen Anschluß aufgeben soll. Verhängnisvoll, auch für die Post, wirken sich auch die Sperrmaßnahmen aus, die eintreten, wenn man nicht rechtzeitig seine Gebührenrechnung bezahlt.

Ist der Apparat gesperrt, so hört augenblicklich das Sprechen an ihm auf; folglich vermindern sich die Einnahmen der Post weiter. Auch für den Fall der Teilsperrung (die dem säumigen Zahler zwar verwehrt, selber zu sprechen, aber ihm die Möglichkeit läßt, daß andere ihn anrufen) ist der Mindererertrag für die Post nicht zu leugnen. Ob zwar es in wirtschaftlich so schweren Zeiten unmöglich sein wird, eine unbedingt prompte Zahlung der Fernsprechgebühren zu erreichen, sollte man doch ernstlich überlegen, ob man der Verminderung der Gebühreneinnahmen nicht durch eine Verbilligung des Fernsprechens nachdrücklich abhelfen könnte. Es müßte freilich auch eine nachdrückliche Verbilligung der Gebühren sein, der eine Pfennig, den man neulich, beim Ueberlegen der etwaigen Postgebührensenkungen, vom Ortsgespräch ablassen wollte, wäre in der Tat ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen.

Vor allem ist die Grundgebühr zu hoch: daß sie überhaupt nötig sei, sieht insbesondere der einigermaßen häufig sprechende Teilnehmer nicht ein. Es wäre gut, wenn die Post sich bereitfände, gerade in dieser kritischen Zeit dem in Deutschland immer noch als ein Luxusgegenstand angesehenen Fernsprecher eine erheblich größere Volkstümlichkeit dadurch zu verschaffen, daß sie seine Erwerbung und seine Benützung erheblich verbilligte.

Biersteuer- und Bierpreissenkung

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer ist gestern in den Reichsratsausschüssen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers besprochen worden. Die Angelegenheit ist nunmehr so weit vorbereitet, daß die endgültige Entscheidung in Kürze erfolgen kann. Dabei wird auch Gewähr dafür gegeben werden, daß gleichzeitig mit der Biersteuersenkung eine kräftige Bierpreissenkung eintreten wird.

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ hört, soll schon in den nächsten Tagen durch eine Notverordnung diese Steuersenkung vorgenommen werden, die dann mit einer Preissenkung verknüpft wird. Im Reichsrat wurde auf Antrag des Landes Bayern der Reichsregierung empfohlen, die Reichsbiersteuer, so wie es die Regierung vorgesehen hatte, um 3 RM für den Hektoliter zu senken. Die Gemeindebiersteuer dagegen soll gestaffelt ermäßigt werden. In Gemeinden, die bisher nur bis zu 2,50 RM Steuer auf den Hektoliter Bier erhoben, soll die Steuer unverändert bleiben. Bei einem Steuersatz von bisher bis zu 5 RM soll die Senkung 20 Prozent, bis zu 7,50 RM 30 Prozent und bis zu 10 RM 40 Prozent betragen. Die Branntweinabgabe soll von 6 RM auf 4 RM, also um ein Drittel ermäßigt werden.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat am Mittwoch zu diesen Beschlüssen des Reichsrates noch nicht Stellung nehmen können. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ weiter hört, steht jedoch seine Absicht fest, daß zum mindesten die Steuersenkung den Konsumenten voll zugute kommen muß. Eine Entscheidung darüber, ob die Gastwirte darüber hinaus noch auf ihre Kosten eine Preissenkung vornehmen müssen, ist noch nicht gefallen.

In den Kreisen des Gastwirtsgewerbes ist die Stimmung aufs höchste gespannt. Der Deutsche Gastwirteverband hat seinen großen Vorstand, dem auch die Landesverbandsvorsitzenden angehören, für Dienstag nach Berlin einberufen, um darüber zu beschließen, ob die Steuer- und Preissenkung tragbar ist oder welche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Das Neueste

In einer Unterredung mit Gerhart Hauptmann in Washington erklärte Senator Borah, Europa werde sich nicht erholen, solange der Versailler Vertrag nicht geändert werde.

„Times" erklärt, daß die Franzosen eine französisch-englische Front gegen Deutschlands Ansprüche in Lausanne und gegen die Abänderung der Verträge erstreben. Als Gegenleistung für sein Nachgeben dürfe Deutschland auf eine Herabsetzung der Tribute hoffen, falls England die Vereinigten Staaten zu einer Herabsetzung der interalliierten Schulden bewegen könne.

Ueber den französischen Donauplan urteilt die „Times", wenn der Plan bestimmt sein sollte, Oesterreich an engeren Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu hindern, dürfte er schon aus diesem Grunde für Wien unannehmbar sein.

Durch eine furchtbare Explosion wurden die Gaswerke von Cambden in New Jersey in die Luft gesprengt, wobei 20 Arbeiter den Tod fanden. 6 Schwerverletzte wurden in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Am Mittwoch-Abend ereignete sich auf der Insel Cephalonia ein starkes Erdbeben. Zahlreiche Häuser stürzten ein. Nach den bisherigen Festellungen wurden 8 Personen schwer verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich.

„Times" zufolge ist in Tokio eine Geheimorganisation, „Bund des Todes", aufgedeckt worden, der die jüngsten politischen Morde in Japan zur Last gelegt werden.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte in Schanghai, General Schirokawa, erklärte einem französischen Sonderberichterstatter, daß er den chinesisch-japanischen Krieg als endgültig beendet betrachte. An einen neuen chinesischen Angriff glaube er nicht. Nunmehr hätten die Diplomaten das Wort. Er sehe den baldigen Ausbruch eines neuen chinesischen Bürgerkrieges kommen. Die japanischen Truppen würden dabei nur tatenlose Beobachter sein.

---

wahrschule überwiesen. Inzwischen sind die Stifter verarmt. Das Kollegium beschloß nunmehr, den Betrag an die Spender zurückzugeben.

Schweres Verkehrsunglück in Bochum

Bochum, 10. März. Mittwoch abend gegen 6 Uhr ereignete sich in Bochum an der Ecke Wiemelhauser- und Luxemburgerstraße ein schweres Unglück. Der Lastkraftwagen der Firma Müller, der mit Heizkörpern voll beladen war, wollte einen anderen Kraftwagen überholen. Hierbei geriet er ins Schleudern und stürzte um. Drei Personen, die in dem Lastkraftwagen saßen, kamen unter den Wagen zu liegen. Eine konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während die beiden andern in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert wurden, wo sie kurz darauf ihren Verletzungen erlagen.

Rekordeinbrecher verhaftet

Recklinghausen, 10. März. Der Polizei Münster gelang es, den 26jährigen Wilhelm Mattner aus Coesfeld festzunehmen, der sich rühmen kann, den „Einbrecherrekord" zu halten. Besondere Vorliebe bewies Mattner für Apotheken, wo es ihm in der Hauptsache auf Rauschgiftmittel wie Morphium, Kokain usw. ankam, da er leidenschaftlicher Morphinist ist. Auch verschiedene Apotheken im Rheinland wurden von ihm heimgesucht. Bis heute war noch nicht in Erfahrung zu bringen, wohin er das umfangreiche Diebesgut geschafft hat; er und insonderheit seine Helfershelfer bewahren hierüber strengstes Stillschweigen. Einen großen Beutezug machte Mattner bei einem Einbruch in das Schloß des Herzogs von Croy in Dülmen. Hier fielen ihm Schmucksachen im Werte von über 20 000 Mark in die Hände. Auch diese Sachen sind bis jetzt noch nicht herbeigeschafft worden. Es steht einwandfrei fest, daß Mattner insgesamt 450 Einbrüche verübt hat.

Das Wetter von heute und morgen

Verschärfung des Frostes, keine oder nur unbedeutende Schneefälle, zeitweise aufheiternd, nordöstliche Winde.

Die Wut machte ihn gesund

Frankfurt a. M., 10. März. Wie ein Krüppel, der sich mühsam auf seinen Krücken durch die Straßen schleppt, plötzlich gesund und äußerst behend werden kann, konnte man vorgestern in Frankfurt auf der Zeil erleben. Es genügte, daß ein Vorübergehender dem „bedauernswerten" Mann das Wort „Phiolenschieber" (in der Gaunersprache soviel wie Simulant) zurief, daß der Krüppel in seiner Wut tatsächlich sein Gebrechen preisgab. Sehr wenig krüppelmäßig stürzte er sich auf seinen Beleidiger und benutzte die Stöcke nur noch dazu, ihn so lange zu verprügeln, bis er bewußtlos liegen blieb. Der „Krüppel" wurde verhaftet, sein Opfer mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht.

Plakatkleber überfallen Polizeibeamte.

Solingen, 9. März. Nachts ist in Solingen-Wald eine Zivilstreife der Schutzpolizei mit einer Kolonne Plakatkleber der Kommunistischen Partei zusammengestoßen. Als die Beamten sich als solche zu erkennen gaben und gegen die Plakatkleber einschritten, wurde einer der beiden Beamten mit einer Eisenstange über den Kopf geschlagen, so daß er zu Boden stürzte. Auf dem Boden liegend wurde er weiter mißhandelt. Daraufhin zog der Beamte seine Pistole und feuerte in der Notwehr einen Schuß ab, durch den ein Angehöriger der Kommunistischen Partei in die Brust getroffen wurde. Dem zweiten Beamten gelang es, einen der Täter festzunehmen. Der verletzte Kommunist ist in Lebensgefahr.

Hitler-Kundgebung in Köln.

Köln, 10. März. In den großen Sälen und Hallen des Kölner Messegeländes waren anläßlich der Versammlung der Nationalsozialisten mit Adolf Hitler als Hauptredner annähernd 60 000 Menschen versammelt. Einige tausend Kraftwagen aus dem Rheinland und viele Wagen auch aus Holland und Belgien waren auf sechs riesigen Parkplätzer aufgestellt. Mit einer ausgedehnten Lautsprecheranlage waren die 11 Säle mit dem Vortragsraum verbunden. Reichstagsabgeordneter Goering sprach zuerst einleitend über die Politik des heutigen Systems. Es sei das Verdienst Hitlers, daß eine Partei, die 60 Jahre lang den Militarismus bekämpft habe, jetzt einen Generalfeldmarschall auf den Schild heben müsse. Mit minutenlangen Heilrufen begrüßt, sprach Hitler zuerst über den letzten Staat, der 45 Jahre lang geblüht habe. Was die Revolutionäre von 1918 gezeigt hätten, sei eine gleichmäßige Linie des Niederganges. Der 13. März werde ein Entscheidungstag sein, aber ganz sicher werde vom 14. März ab der Kampf weitergehen. — Die Schutzpolizei hatte besonders bei dem Zurückfluten der riesigen Menschenmassen in die Stadt in der Verkehrsregelung eine ungeheure Aufgabe zu bewältigen.

Ein zweites Todesopfer der Papageienkrankheit.

Köln, 9. März. Die kürzlich vermutlich an Papageienkrankheit schwer erkrankte Ehefrau eines Ingenieurs aus Köln-Deutz ist Mittwoch ebenfalls gestorben, nachdem bereits ihr Ehemann, bei dem die gleichen Krankheitserscheinungen aufgetreten waren, in der vorigen Woche gestorben war. Die Symptome der Krankheit, der Verlauf und der Umstand der plötzlichen gleichartigen Erkrankung der Ehegatten, die in ihrem Schlafzimmer in einem Käfig Wellensittiche hielten, lassen den Schluß zu, daß die typische Papageienkrankheit vorlag.

4,5 Millionen Fehlbetrag im Landkreise Düsseldorf-Mettmann.

Düsseldorf, 9. März. In der Sitzung des Kreisausschusses Düsseldorf-Mettmann wurde der Haushaltsplan für 1932 beraten, der in Einnahmen mit rund 3 Millionen Reichsmark und in Ausgaben mit 7,5 Millionen Reichsmark veranschlagt wird. Bei der Höhe des ungedeckten Fehlbetrages von 4,5 Millionen Reichsmark ist zu berücksichtigen, daß allein die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen 4,7 Millionen Reichsmark betragen.

Auflösung des Ostdeutschen Roheisensyndikats.

Essen, 9. März. Innerhalb des Roheisenverbandes in Essen bestand bisher eine Sonderregelung für die oberschlesischen Werke insofern, als diese in dem Ostdeutschen Roheisensyndikat in Berlin-Charlottenburg bzw. in der Verkaufsvereinigung des Ostdeutschen Roheisensyndikats G. m. b. H. zusammengeschlossen waren. Im Zusammenhang mit der Verlängerung des Roheisenverbandes um drei Jahre, also bis Ende 1934, ist aus Vereinfachungsgründen eine Auflösung des Ostdeutschen Syndikats beschlossen worden. Es gehörten ihm zuletzt nur noch an die Borsig-Werke AG. und die Ver. Oberschlesischen Hüttenwerke AG.

Einbruch in ein Goldwarengeschäft.

Gelsenkirchen, 9. März. Nachts wurde in ein Goldwarengeschäft an der Dorstenstraße eingebrochen. Die Täter haben eine große Anzahl Herren- und Damenuhren sowie Gold- und Silbersachen, deren Wert sich auf mehrere tausend Mark beläuft, gestohlen.

Arbeitereinstellungen.

Hüsten, 9. März. Auf dem Werk der Vereinigten Stahlwerke wurde wiederum eine größere Anzahl Arbeiter eingestellt. In der Hauptsache kamen diesmal Walzer in Frage. Anfang der kommenden Woche sollen weitere Arbeiter eingestellt werden. Man spricht von 150 Mann. Die Einstellungen in den letzten 14 Tagen betragen etwa 200 Mann.

Neue Festnahme in der Falschmünzersache Brinkhaus.

Mörs, 9. März. Im Fall des unter Anklage der Falschmünzerei im Untersuchungsgefängnis befindlichen Walter Brinkhaus ist eine weitere Festnahme erfolgt. Die Kunstgewerblerin Cilly Feldmüller aus Krefeld wurde auf Antrage der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Mittäterschaft festgenommen.

Kommunistenführer verhaftet.

Bochum-Hövel, 9. März. Von der Polizei wurde der bekannte Radboder Kommunistenführer Walter Pawlowski, Kreistagsabgeordneter, Amts- und Gemeindevertreter verhaftet. Die Festnahme erfolgte im Zusammenhang mit dem großen Sprengstoffdiebstahl in Gesecke.

In den Brunnen gestürzt und ertrunken.

Bernkastel, 9. März. Ein mit Wasserschöpfen an einem Ziehbrunnen beschäftigter 72jähriger Mann bekam das Uebergewicht und stürzte in den Brunnen. Er konnte nur noch als Leiche aus dem Brunnen gezogen werden.

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 11. März 1932,** nachmittags 4 Uhr, sollen zu **Burscheid,** im Versteigerungslokale Gasthaus Ohmann

1 Schreibtisch, 1 Schreibmaschine, 1 Drahtforthänge-Apparat, 1 Standuhr, 1 Eisschrank, 1 Flügel,

sodann anschließend an Ort und Stelle

1 Personen-Auto (Esser)

und um 5 Uhr in **Sträßchen** (Käufer Gasthaus Lennartz)

1 Radioschrank mit Grammophon

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Stürmer,
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Von den Märkten

Kölner Ledermarkt
vom 9. März.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3.70—4,20, do. in Kernstücken 5,50—6, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,3—2,75, do. in Kernstücken 4,05—5,10, Wild-Vacheleder in Hälften 2 bis 2.65, do. in Kernstücken 3,50—4,80, Wild-Vachehälse 2—2.40, Wild-Vacheseiten 1,10—1.70, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1.20—[illegible], Blankleder in Hälften, braun 2,85—[illegible], Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,65 bis 5,00 Reichsmark für 1 Kilogramm, Vachekern, gewöhnliche Sorten 5,50—11 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wild-Vacheleder brachten bis 10 Prozent mehr. Stimmungsbericht: Zu den heutigen Preisen ist die Kauflust etwas reger.

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 9. März.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —, Klasse II 0,20—0,26, do. von 30 bis 49 Pfund 0,22—0,37, 0,18—0,28, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfund 0,25—0,40, 0,18—0,28, do. von 70 Pfund und mehr 0,27—0,40, 0,18 bis 0,28, Bullen von 50—79 Pfund 0,18—0,24, 0,16 bis 0,22, do. von 80 Pfund und mehr 0,18—0,24, 0,15—0,18 Reichsmark. Fresserfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,20 bis 0,26, Kalbfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,37—0,38 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht, Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3—5, Roßhäute, gesalzen, lang aufwärts 220 Zentimeter 7,5 bis 9 Reichsmark für 1 Stück. Stimmungsbericht: Zu den heutigen billigen Preisen ist mehr Kaufneigung vorhanden.

Die Wahlmöglichkeiten

Vergleichszahlen von den letzten Wahlen.

Den Mittelpunkt aller innenpolitischen Erörterungen bilden augenblicklich die bevorstehenden Präsidentenwahlen und besonders die Frage, wer aus dem Wahlkampf schließlich als Sieger hervorgehen wird. In diesem Zusammenhang dürfte es von Interesse sein, sich nochmals die Ergebnisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die die erste Präsidentenwahl und die letzten Reichstagswahlen gehabt haben. Im ersten Wahlgang zur

Präsidentenwahl am 29. März 1925

wurden abgegeben für

Jarres	10,4167	Mill. Stimmen
Held	1,0075	Mill. Stimmen
Ludendorff	0,2858	Mill. Stimmen
Braun	7,8025	Mill. Stimmen
Marx	3,8877	Mill. Stimmen
Hellpach	1,5684	Mill. Stimmen
Thälmann	1,8718	Mill. Stimmen

Von 39,22261 Millionen Stimmberechtigten wurden 26,8661 Millionen gültige Stimmen abgegeben.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes war ein zweiter Wahlgang notwendig. Dieser

zweite Wahlgang am 26. April 1925

hatte folgendes Ergebnis:

Hindenburg	14,6556	Mill. Stimmen
Marx	13,7516	Mill. Stimmen
Thälmann	1,9312	Mill. Stimmen

Von 39,4143 Millionen Stimmberechtigten wurden 30,3518 Millionen gültige Stimmen abgegeben.

Nimmt man die Ergebnisse der

Reichstagswahlen am 14. September 1930

und fügt die Parteien zusammen, wie sie jetzt zur Reichspräsidentenwahl aufmarschieren, so ergibt sich folgendes Bild: Es erhielten die

Hindenburg-Parteien	21,0672	Mill.
Nationalsozialisten	6,4064	Mill.
Deutschnationale und Landbund	2,7	Mill.
Kommunisten	4,5902	Mill.

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug bei der Reichstagswahl 1930 42,9729 Millionen, die der gültigen Stimmen 34,9567.

Allerdings dürften diese Zahlen keinen genauen Anhaltspunkt für den Wahlausfall geben, da seit den letzten Reichstagswahlen starke Verschiebungen unter den Parteikräften zu verzeichnen sind, wie dies vor allem durch die Wahlen zu den Landtagen bewiesen worden ist. Es sei hier z. B. nur an die großen Erfolge der Nationalsozialisten bei den hessischen Landtagswahlen erinnert. Man nimmt außerdem an, daß bei der jetzigen Reichspräsidentenwahl den Parolen von Parteien und Organisationen nicht restlos von deren Anhängern Folge geleistet werden wird, so daß es also außerordentlich schwierig ist, auch nur mit annähernder Sicherheit das Ergebnis der Wahlen am 13. März vorauszusagen, für die etwa 44 Millionen Wahlberechtigte vorhanden sein dürften.

Wie sind nun die Ergebnisse der Wahlen auszuwerten? Für die Reichspräsidentenwahlen ist das Gesetz vom 14. März 1925 maßgebend. Dieses Gesetz bestimmt, daß im ersten Wahlgang der Kandidat als gewählt gilt, der die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Angenommen also, es würden 40 Millionen gültige Stimmen abgegeben, so ist der Kandidat als gewählt zu betrachten, der 20 Millionen Stimmen erhält. Es geht also bei diesem ersten Wahlgang nicht etwa, wie vielfach angenommen wird, nach der Zahl der Stimmberechtigten, sondern nur nach der Zahl der abgegebenen Stimmen. Ist der erste Wahlgang ergebnislos verlaufen, so findet ein zweiter Wahlgang statt, aus dem der als Sieger hervorgeht, der die meisten Stimmen auf sich vereint. Es ist dabei denkbar, daß man auch mit nur einer Stimme Mehrheit zum Präsidenten gewählt werden kann.

In diesem Zusammenhang geben wir noch einmal eine kurze Charakteristik der Präsidentschaftskandidaten, und zwar in der Reihenfolge des amtlichen Wahlzettels.

Theodor Duesterberg

Theodor Düsterberg wurde am 19. Oktober 1875 in Darmstadt als Sohn eines Oberstabsarztes geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Darmstadt und Hannover widmete er sich der militärischen Laufbahn. Er nahm 1900 am Chinafeldzug teil, und wurde hierbei beim Sturm auf Kukuan an der chinesischen Mauer verwundet. Vorher war ihm und seinen Leuten die Wegnahme einer wohlgefüllten chinesischen Kriegskasse geglückt. Den Weltkrieg machte Düsterberg als Bataillonskomandeur im Grenadier-Reg. 89 mit, mit dem er an dem Sturm auf Ypern teilnahm und dabei verwundet wurde.

Später wurde er für Sonderaufgaben im Auftrage des Kriegsministers verwendet, der ihn u. a. im Frühjahr 1918 zu den Friedensverhandlungen nach Bukarest entsandte. Im Herbst des gleichen Jahres erfolgte seine Kommandierung zur Waffenstillstandskommission. Gegen das Waffenstillstandsangebot legte er im Oktober 1918 Protest ein, und stand während aller Verhandlungen, die nun folgten, im harten Gegensatz zu Erzberger. Am Tage der Friedensunterzeichnung erbat er seinen Abschied als Oberstleutnant.

Nach seinem Abschied schloß er sich tätig der Deutschnationalen Volkspartei an und war von 1919 bis 1924 Geschäftsführer des Landesverbandes Halle-Merseburg. Seine Bekanntschaft mit Franz Seldte, dem Gründer des Bundes der Frontsoldaten, des „Stahlhelm", führte ihn sodann zu diesem, in dessen Dienst er seit 1924 seine Kraft gestellt hat und dessen 2. Bundesführer er jetzt ist.

Paul von Hindenburg

Paul von Beneckendorff und Hindenburg wurde am 2. Oktober 1847 zu Posen als Sohn eines Offiziers geboren. Die Familie Beneckendorff ist altmärkischem Uradel entsprossen. Hindenburg gehörte von 1866 bis 1911 dem Heere an. Im Feldzug gegen Oesterreich wurde er am 3. Juli 1866 bei Königgrätz leicht verwundet. Mit seinem Regiment nahm er im Kriege gegen Frankreich an den Schlachten von Gravelotte, St. Privat und Sedan teil, ferner an der Belagerung von Paris.

Im Jahre 1914 holte Kaiser Wilhelm Hindenburg, nachdem er etwa drei Jahre in Hannover im Ruhestand gelebt hatte, an die Spitze der in Ostpreußen stehenden deut-

schen Truppen. Durch die Schlacht bei Tannenberg, die Ostpreußen von der drohenden Verwüstung durch die Russenheere rettete, wurde Hindenburgs Name mit einem Schlage berühmt. Im August 1916 wurde Hindenburg an Stelle des Generals Falkenhayn zum Chef des Generalstabes und damit zum Führer des gesamten deutschen Heeres ernannt. Diesen Führerposten hatte Hindenburg bis zum Kriegsschluß inne. Um größeres Unglück zu vermeiden, stellte sich Hindenburg bald nach der Abdankung des Kaisers und nach Ausruf der Revolution der neuen Regierung zur Verfügung und übernahm die schwierige Operation der eiligen Rückführung des Heeres in die Heimat.

Auf Drängen der Rechtsparteien stellte sich Hindenburg, der seinen Wohnsitz wieder in Hannover aufgeschlagen hatte, für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 zur Verfügung. Mit 14 639 399 Stimmen ward er am 26. April 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Am 12. Mai übernahm er sein neues Amt und leistete im Reichstage den Eid auf die Verfassung.

Adolf Hitler

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 in Braunau am Inn (Oberösterreich) geboren. Er bildete sich zunächst als Architekturzeichner aus und kam 1912 zwecks weiterer Ausbildung nach München. Bei Kriegsausbruch trat er als Kriegsfreiwilliger in das 16. Bayerische Reserveregiment ein, in dem er den ganzen Feldzug mitmachte, wobei er zweimal verwundet wurde. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Im Juli 1919 war Hitler der in Oesterreich schon seit langem bestehenden Nationalsozialistischen Arbeiterpartei beigetreten; im Juli 1921 wurde er zum Führer der Partei berufen, nachdem er ungefähr seit Herbst 1920 in München wachsenden Anhang gefunden hatte. Inzwischen ist aus der Partei eine große nationale Massenbewegung geworden. Hitler ist ein glänzender Redner; er selber hat sich einmal als „Trommler" seiner Bewegung bezeichnet. In einem Prozeß gegen einige ehemalige Reichswehroffiziere, in dem er als Zeuge auftrat, machte Hitler über seine Politik die viel beachtete Aussage, daß er nur legal vorzugehen beabsichtige. Vor einigen Wochen ist er zum Regierungsrat in Braunschweig ernannt worden, und hat damit offiziell deutsche Reichsangehörigkeit erworben, so daß er als Präsidentschaftskandidat auftreten konnte.

Ernst Thälmann

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren. Er selbst bezeichnet sich als religionslos. Er besuchte die Volksschule in Hamburg und war dann beruflich als Transportarbeiter, Werftarbeiter, Seemann, Expedient und Angestellter im Arbeitsamt tätig. Schon in jungen Jahren wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, trat während des Krieges zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei über und wurde dann nach der Vereinigung des Spartakusbundes und eines Teiles der unabhängigen Sozialdemokraten Mitglied der Kommunistischen Partei, die ihn bald zu ihrem Führer wählte. Thälmann ist Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und des Reichstages. Die russische Sowjetregierung ernannte ihn wegen seiner Verdienste um den Kommunismus zum Reitergeneral der Roten Armee. Thälmann wurde schon bei den Präsidentenwahlen im Jahre 1925 zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, ohne daß seine Wahl natürlich ernstlich in Frage kam.

Adolf Gustav Winter

Adolf Gustav Winter ist von Beruf „Betriebsanwalt" und ein Vorkämpfer für die Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine. Augenblicklich verbringt er eine Gefängnisstrafe, zu der er wegen Betruges verurteilt worden ist. Einem Antrag seiner Anhänger, Winter für die Zeit des Wahlkampfes aus dem Gefängnis zu entlassen, konnte nicht stattgegeben werden.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Geschäftliches

Ein Erlebnis in der Küche

ist es für so manche Hausfrau, wenn sie vorm Herd steht, und Sanne und Ella ihr durch den Lautsprecher sagen, was und wie sie kochen soll. „Bequemer", meint sie, „kann man es schon nicht mehr haben. Kochgehilfinnen, die einem nicht einmal im Wege stehen". Um so dankbarer ist sie den Ratschlägen der beiden klugen Hausfrauen. Auch sie spart, ohne sich einzuschränken: das heißt, auch sie verwendet immer und zu allem die nahrhafte, so leicht verdauliche und so überaus schmackhafte Sanella-Margarine.

Karussell um Gisela

Roman von Bodo M. Vogel — **Copyright by M. Feuchtwanger, Halle (Saale)**

22

Walter fühlte sich wohl. So selbständig hatte er noch niemals gearbeitet. Der alte Onkel William ließ ihm in allem freie Hand. Er war ein lebendes Abbild seines Vaters, und er hatte Walter, da früh verwitwet und kinderlos, wie einen Sohn in sein Herz geschlossen. Walter sollte der Erbe sein, der Erbe der hundert Hektar Land, der Farm und des beträchtlichen Vermögens; nun, dann war endlich ans Heiraten zu denken.

Wie sich Gisela wohl hier fühlen würde? Gisela! Er hatte sie nicht vergessen, durch die Entfernung war seine Liebe nur noch stärker geworden. Ob sie ihm die Treue wahrte?

Walter ging auf das Hauptgebäude, das Wohnhaus zu, als ein Motorschlitten die schmale Straße, die zum nächsten Postamt im Orte Hartville führte, heraufkam.

„Hallo, Mister!" rief der Briefträger, sich mühsam aus den Pelzen schälend. „Ein Brief für den jungen Herrn!"

„Der bin ich selbst."

Walter hielt ein Schreiben mit dem Poststempel „Stuttgart" in der Hand. Die alte Scheu, die ihn sonst bei solchen Gelegenheiten behinderte, hatte ihn verlassen. Er wurde nicht mehr rot; er versteckte sich auch nicht mehr, um Liebesbriefe zu lesen.

Er riß den Umschlag auf, lachend und in angenehmster Erwartung. Aber was war denn das? Das Schreiben stammte ja gar nicht von Gisela! Er drehte den Umschlag um. Nanu? „Werner Mencken" stand als Absender verzeichnet. Mencken? Mencken? Ein wildfremder Mensch! Halt, nein, jetzt hatte er es... Hieß nicht Giselas Arbeitgeberin so? Aber „Werner"? Offenbar der Sohn, oder der Mann! Was wollte er von ihm? Walter beschloß, das Schreiben doch drinnen in aller Ruhe zu lesen. Der Inhalt war auch danach angetan.

„Sehr geehrter Herr!", stand darin. „Erlauben Sie einem Unbekannten, sich an Sie zu wenden. Ich weiß, daß Sie mit Fräulein Gisela Norden verlobt sind, daß Sie sie heiraten wollen. Ich bin der Sohn ihrer Arbeitgeberin und der Freund einer ihrer Kolleginnen, der sie alle ihre Gedanken anvertraut. Obwohl ich Sie, sehr geehrter Herr Asmus, nicht persönlich kenne, bin ich doch über Ihre Angelegenheiten durchaus informiert. Diese Tatsache hat mich ermutigt, Ihnen unaufgefordert einen Dienst zu erweisen. Fräulein Gisela führt ein Leben, daß ich es Ihnen als Ihr aufrichtiger Freund nicht verschweigen kann. Bald nach Ihrer Abreise wurde Sie wegen ihres nicht einwandfreien Lebenswandels aus dem Geschäft entlassen. Augenblicklich lebt sie auf ihrem Zimmer mit einem älteren Herrn zusammen, dessen Name mir nicht bekannt ist. Wenn Fräulein Gisela vielleicht in ihren Briefen an Sie dies verschwieg, dann wissen Sie, wie es mit ihrer Wahrheitsliebe und ihrer Treue bestellt ist. Ich warne Sie und bitte Sie, die Konsequenzen zu ziehen, ehe es zu spät ist."

Unterzeichnet war das Schreiben ebenfalls mit „Werner Mencken", der es Gisela nicht verzeihen konnte, daß sie sich seinen Wünschen versagt hatte. Durch Fräulein Lu hatte er die Adresse Walters erfahren. Ueber das Leben Giselas hielt er sich ständig auf dem laufenden. Da er den wahren Sachverhalt verschwieg oder nicht kannte, war es ihm ein leichtes, Walters Argwohn zu erwecken.

Zuerst hatte der allerdings das Schreiben verächtlich beiseite geschoben. Konnte das alles möglich sein? Er vermochte es Gisela nicht zuzutrauen. Aber die Angaben des Absenders waren derart präzis, er hatte auch seinen vollen Namen und seine Adresse unterschrieben, daß schon etwas Wahres an der Geschichte sein mußte.

Es waren ein paar schreckliche Tage, die der junge Mensch nun durchmachte. Sein alter Onkel, der, gelähmt, das Zimmer hüten mußte, kam bald darauf.

„Was hast du nur, Junge?" fragte er eines Abends beim Essen. „Hängt das mit dem letzten Briefe zusammen? Liebesgeschichten?"

Walter zeigte ihm das Schreiben. Der Alte las es durch, wandte es um und spuckte aus. „Ein Schuft, der das schrieb. Mach dir keine Sorgen, Junge. Ich will dir sagen, was du tun mußt. Schreibe ihr selbst und frage bei ihr an, ob das alles stimmt. Ist es wahr, soll sie dir gestohlen bleiben. Wenn nicht, was ich glaube und hoffe, weißt du, was von diesem Werner Wencken zu halten ist. Mir auf alle Fälle sollte er nicht unter die Hände kommen, der Bursche, der windige!"

Walter suchte seinen Onkel zu beruhigen und versprach, alles so zu tun, wie er es vorgeschlagen hatte. Er setzte sich hin und fragte Gisela um Auskunft. Und er verschwieg nicht, daß er die Verlobung als aufgelöst betrachte, falls es sich als wahr erwiese, daß sie tatsächlich mit einem „älteren Herrn" zusammenlebe. Dann versiegelte er den Brief und brachte ihn selbst als Einschreibesendung mit dem Schlitten auf das Postamt in Hartville.

Nach Beendigung unserer jetzt erscheinenden Romane im Haupt- wie auch im Unterhaltungsblatt veröffentlichen wir

zwei Romane
zu gleicher Zeit!

Durch die Gegenüberstellung zweier meisterhaft gestalteter, aber grundverschiedener Stoffe, wollen wir unseren Lesern einen besonderen Reiz bieten. Wir warten auf mit:

Sohr, der Knecht
von Arno Franz

einem Bauern-Roman mit wuchtigem Ende und abwechselungsreichen ernsten und heiteren Lebensfügungen und mit

Der große Karner
von Wolfgang Marken

einem Zukunftsroman aus Industrie- und Finanzkreisen, dessen Handlung in rasendem Tempo an uns vorüberflutet. / In Aufbau, Form, Stil, plastischem Ausdruck und natürlicher Frische sind beide Romane gleichgeartet, nur im Stoff besteht die Gegensätzlichkeit

Wir sind überzeugt, unseren Freunden einen erlesenen Genuß zu bieten!

36. Kapitel.

Es ist niemals zu spät.

Schlimme Dinge erfährt man immer noch früh genug. Darum beeilte sich Gisela Norden keineswegs, auf der Bank nachzufragen, ob der Stiefvater tatsächlich das Geld deponiert hatte. Bisher war noch keine Quittung eingelaufen.

Gisela ahnte schon, daß etwas nicht in Ordnung war. Warum hatte sich Gregor Bialowitz so eilig verabschiedet, nachdem er die Scheine in der Tasche hatte? Ein paar Tage später ging Gisela doch hin, um Gewißheit zu erlangen. Was sie vermutet hatte, erwies sich als wahr. Keine der zahlreichen Bankfilialen besaß ein Konto über siebentausend Mark auf den Namen Gisela Norden. Sie war betrogen worden, betrogen von ihrem eigenen Stiefvater! Eine Schande, die sie keinem Menschen anzuvertrauen wagte!

Wie alle offen und ungekünstelt denkenden Menschen, besaß auch Gisela zu großes Vertrauen. Sie wollte nur Güte, Aufrichtigkeit, Uneigennützigkeit um sich sehen. In falscher Logik schloß sie, daß auch die anderen so dachten. Diese neue Erfahrung, die sie nun machte, lockerte wieder allen Glauben, den sie neu an das Leben gewonnen hatte. Sie fühlte sich traurig, unendlich traurig. Das klatschende Regenwetter ekelte sie an; sie konnte die Menschen nicht in die Augen sehen, so schämte sie sich, und als sie nach Hause kam, mußte sie sich mit einem Rest von Kraft die Treppe hinaufschleppen.

Der letzte Anker, der Glaube an Walters Liebe, lag noch fest. Was er nur trieb? Kam er bald zurück? Sicher ist ein Brief von ihm da, dachte sie, als sie die Zimmertür aufschloß. Walter ist doch der einzige wahre, gute Mensch, der mir noch bleibt! Wenn auch er mich noch verlassen würde, könnte ich es nicht ertragen, glaube ich.

Und richtig! Auf dem Tische lag ein Schreiben, das seine etwas ungelenken, aber herzensgeraden Schriftzüge trug. Es war der tragische Brief, der alle Hoffnungen zerpflückte.

Gisela riß ihn ungeduldig auf, las hastig und — — taumelte zurück. Was schrieb er? Er wußte alles? Verlangte Auskunft? Und wollte sie im Stich lassen, wenn die Angaben des Briefes auf Wahrheit beruhten?

„Es ist alles Lüge, Lüge!", wollte Gisela herausschreien. „Man hat mich verleumdet: es war mein Stiefvater, der bei mir wohnte." Aber es hatte ja keinen Zweck. Walter hörte sie nicht, vielleicht suchte er nur einen Grund, um von ihr loszukommen! Nein, so konnte er nicht denken, er brachte es nicht fertig!

Gisela knüllte den Brief zusammen, ging im Zimmer hin und her, drückte die heiße Stirn gegen die kühlen Fensterscheiben. Wer half? Kein Trost, keine Rettung? Sie faltete die Hände, sie betete zu Gott, heiß und inbrünstig, sie haderte mit der Welt, mit sich selbst. Fieberschauer liefen ihr über den Rücken; eine lähmende Müdigkeit überfiel sie.

„Mein Gott, was ist geschehen?" rief die Wirtin, als sie eine Stunde später in das Zimmer kam, um das Bett abzudecken. Gisela lag am Boden, ohnmächtig, am ganzen Körper zitternd, offenbar schwerkrank.

In aller Eile wurde ein Arzt aus der Nachbarschaft geholt. Nach kurzer Untersuchung ordnete er die sofortige Ueberführung Giselas in das Krankenhaus an. Nervenfieber!

Die Aerzte zuckten die Achseln. Es war das Schlimmste zu befürchten.

Gisela lag tagelang ohne Bewußtsein da, fiebernd, mit dem Tode ringend. Viele Stunden hindurch schrie sie sich heiser im Wahn, rief nach Walter, nach Will Lambert. Ohne zu wissen, erzählte sie Bruchstücke aus ihrem Leben.

„Vater", schrie sie, „mein Geld — mein Geld! Warum hast du es mir genommen?" Dann verlangte sie nach Walter, rief ihn um Hilfe an gegenüber ihrem Stiefvater. Oft wurden die Anfälle so stark, daß Gisela um sich schlug, aus dem Krankenbett zu fliehen suchte und nur mit Mühe von den Schwestern gebändigt werden konnte.

Acht Tage lang dauerte der Kampf mit dem Tode. Als die neue Woche begann, sank das Fieber von 39 Grad und mehr auf 38 Grad. Die Schwester brachte ein Ei im Glase, und Gisela aß das erste Mal wieder. Ein bißchen Farbe trat auf ihre bleichen Wangen. Das Leben, die Jugend, die Liebe hatten gesiegt. Gisela wandte, matt lächelnd, ihre schönen, dunklen Augen dem Zentimeter Sonnenstrahl, der ins Fenster fiel, zu.

„Nun, kleines Fräulein, geht es besser? Der Chefarzt hat gesagt, daß Sie über den Berg wären! Ein paar Wochen allerdings müssen Sie sich noch gedulden."

Gisela lauschte mit Entzücken diesen Worten, die der Assistenzarzt Doktor Friedländer an sie richtete.

„Ist das wahr, Herr Doktor? Wirklich wahr? Oder sagen Sie es bloß, um mir Mut zu machen? Nein, nein, belügen dürfen Sie mich nicht. Man hat mich schon so oft belogen. Ich glaube niemandem mehr!"

„Wenn man so jung ist wie Sie, Fräulein Gisela, und auch so schön, hat man ein Recht auf das Leben."

Der Arzt betrachtete seine Patientin mit einer Anteilnahme, die er vergebens zu verheimlichen suchte. Gisela dachte, daß er sich schämte, die Unwahrheit gesagt zu haben. In Wirklichkeit brachte er diesem jungen Menschenkind mehr als berufliches Interesse entgegen, vor allem darum, weil er aus Giselas Fiebergesprächen Näheres über ihr unglückliches Leben erfahren hatte.

Zur Reichspräsidentenwahl



Wer nicht wählt, verhilft seinem Gegner zum Siege!